

Ercheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Bekanntmachung vom 1. August 1894 unter Nr. 6919.

# Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfzehntägige Vertheilung oder deren Raum 50 Pf., für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 4 Uhr Sonntags geöffnet.  
Korrespondenz: Amt 1, Nr. 1508.  
Telegraph-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

## Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Reuth-Strasse 2.

Mittwoch, den 1. August 1894.

Expedition: SW. 19, Reuth-Strasse 3.

### Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein boykottirtes Bier!

#### Der Schneckenweg der gewerblichen Sonntagsruhe.

In dem Schneckenweg, den die Entwürfe des Reichskanzlers zu bundesrätlichen Verordnungen über die Sonntagsruhe für Industriearbeiter seit 1891 bilden, ist jetzt einmal zur Abwechslung eine anscheinend etwas weniger mißgestaltete und häßliche Schnecke aufgetaucht: der Entwurf einer Bekanntmachung betr. die Ausnahmen für Saisonindustrien. Langsam und bedächtig kriecht ja auch dieses gute Thierchen aus dem Reichskanzleramt daher; es streckt behutsam seine beiden langen Fühlhörner aus, ob die Luft rein sei, und ob sich nicht der oder jener mächtige Unternehmer nahe, der ihm mit einem Fußtritt das Lebenslicht ausbläse.

Nach demselben Entwurf sollen Ausnahmen von der gewerblichen Sonntagsruhe „nur“ für folgende „Saisonindustrien“ gemacht werden: für Präserven- und Konservenfabriken (Fabriken zum Dörren und Einmachen der Gemüse und Früchte), für Schiffsbauarbeiten, für Anstalten zur Herstellung von Chocoladen- und Zuckerwaaren, Honigkuchen und Bisquit, Christbaumschmuck und Spielwaaren. Das klingt sehr radikal, und nationalliberale Blätter, die sich offenbar durch ihren Ueberreifer recht offen als reine Kapitalistenblätter kennzeichnen wollten, sind denn auch auf diesen „Radikalismus“ hereingefallen; sie haben sofort eine wahre Leporelloliste von Betrieben entrollt, für welche „auch eine Ausnahme“ zur Zeit der „Saison“ gemacht werden müßte, und diese Liste umfaßt nicht mehr und nicht weniger als folgende Vorschläge: Ausnahmen für Anlagen zur Herstellung von Gold- und Silberwaaren, Metall- und Ledergeräthwaaren, Porzellan- und Phantasiewaaren, Reiseartikeln, Notizartikeln und Blechwaaren, ferner Eisen- und Metallgießereien für kunstgewerbliche Gegenstände, Musikinstrumenten, Kerzen- und Porzellanfabriken, Stickerien, Hut- und Schuhmachereien, Fabriken für Teppiche, künstliche Blumen, ferner der Betrieb der Maler, Anstreicher, Buchdrucker, Buchbinder etc. Alle diese Branchen sind in der „Saison“ nothwendig, der Gesetzgeber bezw. der Bundesrath muß sich ihrer erbarmen und ihnen ungemessene Sonntagsarbeit bewilligen.

Nun wird der nationalliberale Unternehmerpreßknecht schon erkannt sein zu hören, daß seinen Auftraggebern garnichts daran liegt, wenn er nochmals solches Aufheben von den Sonntagsruhe-Ausnahmen macht. In der That kann unseren Kapitalisten recht wenig darauf ankommen, daß sie mit ihren einzelnen Geschäften hier nochmals als „Saisonindustrie“ aufgezählt werden. Im Gegentheil, sie sehen sich

damit einer unangenehmen Kritik aus, die sie gern vermeiden. Die neue Verordnung soll nämlich nur den allerletzten Rest von Ausnahmen noch festlegen, der bisher noch nicht geregelt wurde. Die Hauptsache ist schon gemacht. Den reichsten Industrien ist längst nicht bloß für eine lumpige „Saisonzeit“ im Jahre, sondern für das ganze, liebe, lange Jahr jede mögliche Sorte von Ausnahmsarbeiten gestattet. Weil sie früher so freigebig gegenüber den Unternehmern war, hat die Reichsregierung jetzt gut den Schein erwecken, als wollte sie die Sonntagsarbeit zur „Saison“ Wunder wie stark einschränken. Für unsere Hauptgewerbe ist in dieser Beziehung das ganze Jahr „Saison“, und der nationalliberale Unternehmerpreßknecht hat in seinem Ueberreifer etwas verlangt, was die kapitalmächtigsten seiner Brotgeber in den bisherigen Schattenenqueten über die Sonntagsarbeit, die man übrigens neuerdings ganz ausgegeben hat, Sonntag für Sonntag erreicht haben. Die Unübersichtlichkeit des Papiers und der Zeit, welche schon auf diese Ausnahmestimmungen verwendet worden sind, mögen den kapitalistischen Federhölzlingen.

Die Arbeiter lassen sich nicht täuschen. Der berühmte § 105d der Gewerbeordnung, auf Grund dessen jetzt anscheinend nur wenige Saisonindustrien kleine Ausnahmen bewilligt erhalten sollen, ist ja schon seit 2 Jahren die unerschöpfliche Fundgrube für Sonntagsarbeits-Bewilligungen an die Gütten, Bergwerks-, chemische, Zuckerindustrie und Duzende anderer Gewerbe. Sie alle hat man auf Grund des ersten Satzes von § 105d als „Betriebe, in denen Arbeiten vorkommen, welche ihrer Natur nach eine Unterbrechung oder einen Aufschub nicht gestatten“, überreichlich bedroht, und deshalb ist es leicht jetzt sparsam zu sein, weil nun auf Grund der weiteren Bestimmungen des § 105d, nämlich „für Betriebe, welche ihrer Natur nach auf bestimmte Jahreszeiten beschränkt sind, oder welche in gewissen Zeiten des Jahres zu einer außergewöhnlich verstärkten Thätigkeit genöthigt sind“, eigentlich kaum etwas zu „bewilligen“ übrig bleibt. Deshalb ist sogar die Scheidung zwischen Kampagne-Industrien („auf bestimmte Jahreszeiten beschränkt“) und Saisonindustrien (mit „verstärkter Thätigkeit zu gewissen Zeiten des Jahres“) fallen gelassen und unter der Etiket „Saisonindustrien“ Alles zusammengeworfen, was noch mit dem letzten Rest von erlaubter Sonntagsarbeit beschenkt werden soll.

Wenn man dies weiß, wird man sich durch die anscheinend so ruhestündlichen Nebengewinnungen nicht imponiren lassen, die dem neuesten Entwurf nebenbei mit Kauf den Weg gegeben worden sind. Man sei „von der Erwägung aus-

gegangen“, heißt es im „Reichs-Anzeiger“, „daß ein Bedürfnis nach gesteigerter Thätigkeit, soweit nicht durch Heranziehung von Hilfskräften abgeholfen werden kann, in erster Linie zur Zulassung von Ueberarbeitsstunden an den Werktagen führen wird, und daß ferner gerade diese verstärkte Thätigkeit an den Werktagen für den infolge davon ganz besonders erholungsbedürftigen Arbeiter eine thunlichst unverkürzte Sonntagsruhe geboten erscheinen läßt. Auch wird in den Erläuterungen des Entwurfs darauf hingewiesen, daß gegenwärtig das zu gewissen Jahreszeiten eintretende vermehrte Arbeitsbedürfnis weniger in der Eigenart des Fabricationszweiges als in der Gewohnheit des Publikums, die Ertheilung von Aufträgen hinauszuschieben, seinen Grund findet, und daß es nicht der Absicht des Gesetzgebers entsprechen würde, einer solchen Gewohnheit, die zur Ueberanstrengung der Arbeiter wesentlich beiträgt, durch Zulassung von Sonntagsarbeit Rechnung zu tragen, während andererseits von der Durchführung der Sonntagsruhe eine günstige Einwirkung in dieser Richtung erhofft werden dürfte.“ Das nennt man wohlfeile Marktweisheit, nachdem auf Grund zwar nicht desselben, aber doch des unmittelbar vorhergehenden Satzes desselben Gesetzesparagraphen Alles gethan worden ist, die „thunlichst unverkürzte Sonntagsruhe des erholungsbedürftigen Arbeiters“ zu durchlöchern. Uebrigens stehen die Ueberzeitbewilligungen für Arbeiterinnen, welche die preussischen Verwaltungsbehörden den Unternehmern bis zur Stunde aus ganz nichtssagenden Anlässen nach Ausweis der amtlichen Gewerbeinspektionsberichte gewähren, in schneidendem Gegensatz zu dem obigen, anscheinend so arbeiterfreundlichen Urtheil über den Mißbrauch von hinausgeschobenen Aufträgen. Das Papier des „Reichs-Anzeigers“ ist geduldig, in Wirklichkeit richtet sich keine Behörde bis jetzt nach den schönen „Grundfäden“. Und die Praxis ist die Hauptsache, nicht mehr oder weniger schöne Worte!

#### Politische Ueberblick.

Berlin, den 31. Juli.  
Nachwahl zum Hessischen Landtage. Uns geht aus Offenbach am Main die folgende Privatdepeche zu: Oseffe Cramer wurde im 16. Hessischen Landtagswahlbezirk nach zwei resultatlosen Wahlen durch's Voos wiedergewählt.

Alle Preussen sind vor dem Gesetze gleich, das steht zwar in der Verfassung, muß aber dem

#### Feuilleton.

##### Der Jude.

Deutsches Sittengemälde aus der ersten Hälfte des fünfzehnten Jahrhunderts. Von C. Spindler.

„Wofür? Du Schalksgeßel!“ fragte Crescenz, noch immer ungläubig. Der Fremde vor dem Fenster fuhr aber fort: „Man ist Ven Davids Estherchen gekommen auf die Spur, Du gutes Weiblein. Sie werden kommen, ehe vergeht eine Stunde, mit Spießen und Stangen, um die Jüdin zu fangen, und um Dich, als Dohlerin zu setzen auf den Thurm bei Wasser und Brot.“ — Crescenz's Herz klopfte heftig, denn sie konnte nicht an dem guten Wissen des Klopfernden zweifeln. Sie öffnete schon den Laden, obgleich nur halb, und belenchtete vorsichtig Jodids häßliches Antlitz, das sich hereindog. „Wer bist denn Du, Nachtläufer?“ fragte sie halb erschrocken. — „Kennst Du mich denn nicht, Memme!“ sagte Jodid entgegen: „Bin ich doch gewesen der Knecht, der Dir so oft gebrach hat mildthätige Beistener von Ven David, dem Sohne Jochai, Du mußt Dich noch besinnen auf meine Gestalt.“ — „Ach! Du bist's?“ rief die Alte erschreckt: „Weiche von dannen, Du Lügner, der seinen Herrn zum Tode bringt durch seine blutige Bosheit!“ — „Ich bin nicht derselbe“, hieß es entgegen: „Jener Jodid, der geklagt hat in Edom, ist nicht mehr, sondern ein reuiger Jodid lebt noch, und darum will er retten die Tochter seines Herrn, die einer aus Israhel verrathen hat an den wollüstigen Schulknecht.“ — „Am Gotteswillen!“ fiel die

Alte kläglich ein: „Der Schulknecht? das arme Kind... wer war der Verräther?“ — „Joseph, der Arzt“, erwiderte Jodid leise, „um die erste Stunde kommen des Obertrichters Trabanten heraus, und wehe Dir, wenn man die Dirne findet. Wir hat's gesagt der kleine Finger, und ich will holen das Estherchen und es bringen zum Vater.“ — „Zum Vater?“ fragte Crescenzia misstrauisch. „Faule Fische, rothköpfiger Jude.“ — „Ich will sprudeln Gift und Galle ein Jahr lang“, betheuerte Jodid, „wenn es nicht ist wahr. Ich habe herausgebracht den Alten aus dem Thurm und ihm versprochen, weil er selber ist krank und schwach, die Tochter zu retten aus den Klauen der haarigen Wölfe.“ — „Ei, Du unverschämtes Lügenmaul!“ eiferte die Alte, „Du hältst mich für eine Schnattergans, daß Du solch Possenzug mir weiß machen willst. Esther ist nicht hier, ist noch nie hier gewesen, magst Du wissen, Du schleicher Spürhund. Hier haust eine andere Jungfer, die mit Euch Juden nichts gemein hat, weißt Du das? Deine Märlein von dem Obertrichter und seinen Knechten trage nur anderwärts hin, hörst Du?“ —

„Laßt doch das lächerliche Gedibber“, versetzte Jodid unwillig: „wer im Siebelstübchen wohnt, weiß ich gar wohl, so gut als der Prophet Elias. Auf mir das Schickselchen herab, und ich führe sie zum Kette, ehe noch die Gewalt kommt über Euch.“ — „Wenn Du nicht alsobald gehst“, erwiderte die Alte, derb: „so kommt die Gewalt meiner Haue und meiner Hunde über Dich, wenn Du nicht die letzteren vergiftet hast, da ich keinen Laut von ihnen höre.“ — „Ohne Sorgen, Mütterlein“, sagte Jodid schmeichelnd: „sie leben, die Thiere; aber thun werden sie mir nichts, denn ich verstehe das Handwerk, und habe ihnen gegeben Kuchen, besser als der Kuchen Levi in der Nacht des Passah. Du, laß mich aber hinein, daß nicht Unglück einzieht bei Dir,

und Estherchen frei werde von Amaleks sündigen Nichtern.“ — „Nimmermehr!“ wiederholte Crescenz: „Ich traue Dir nicht, ich glaube Dir nicht, Du abtrünniger Mensch, dem's mit dem wahren Glauben ebenso wenig Ernst ist, als mit dem falschen. Du bist ein Gezeichneteter. Wache, daß Du von ihnen kommst!“ —

Ein blühendes Messer züngelte wie ein Strahl durch die Oeffnung des Ladens; Crescenz gewahrte jedoch noch zu rechter Zeit des mörderischen Versuchs, sprang zurück und riß den Laden mit einer Gewalt zu, daß die Klinge zerbrach. — Der Nordbube fluchte draußen halblaut über des Weibes Klugheit und den Verlust seines Gewehrs. Crescenz belferte ihm aber zu: „Rothhaariger Schuft, wo Du nicht gleich Reichthum nimmst, rufe ich meine Leute, und Dein letztes Brot ist gebaden, Du Schurke.“ — Eilig, wie ein rollender Kiesel entsprang der Wölfewicht, und die Hunde, wie von einem Zauberspruch betäubt, rührten sich nicht in ihren Hütten.

#### Dreizehntes Kapitel.

D. höre doch, wie sein Donner zürnet, und welch eberne Rede von seinem Munde ausgeht! Er steht unter allen Himmeln, und sein Witz scheint auf die Enden der Erde! Hieb.

Die gute Crescenz hatte nichts Eiligeres zu thun, als den Weg zur Siebellammer zu suchen, um die holde Esther, die kaum, von Thränen und Leid erschöpft, entschimmert gewesen, aus der süßen Ruhe zu wecken. Das Mädchen fuhr erschrocken empor, und ihr Schrecken verdoppelte sich, als ihre Pflegerin ihr ins Ohr rief: „Du bist verrathen, Mägdelein! auf! Dein Heil ist nur die schnellste Flucht!“ „Verrathen?“ stammelte Esther: „woher wißt Ihr...?“

kleinen Sohn des „großen“ Mannes, dem Herrn Wilhelm Bismarck dem jetzigen Regierungspräsidenten von Hannover nicht bekannt sein. Wenigstens werden im Amtsbereich dieses hoffnungsvollen Herrn Welfen und Sozialdemokraten anders wie Konservative und National-liberale behandelt. Hierfür geben noch die folgenden zwei geheimen Aktenstücke, die wir dem in Hannover erscheinenden „Volkswillen“ entnehmen, einen Beleg. Dieselben lauten:

Hannover, den 6. Januar 1892.

Es erscheint die Annahme gerechtfertigt, daß auch diejenigen welfischen Klubs, welche angeblich harmlose, gefellige Vereine verfolgen, politischen Interessen dienen und im Sinne des § 8 des Vereinsgesetzes bezeichnet werden können.

Em. Hochwohlgeboren ersuche ich daher ergebenst, gegen welfische Vereine im allgemeinen nach den in meinem Ausschreiben vom 19. November v. J. — 1 16489 — entwickelten Grundsätzen einzuschreiten und mit Energie dahin zu wirken, daß Frauen, Schüler und Lehrlinge von den unter dem Deckmantel von Lustbarkeiten beliebten Vereinsversammlungen ferngehalten werden.

Der Regierungspräsident,  
gez. von Bismarck.

An  
die Herren Landräthe und  
den Herren Polizeipräsidenten  
hierseits.  
I No. 322.

Hannover, den 8. April 1893.

Em. Hochwohlgeboren haben dem welfischen Vereine „Invalide“ die Veranstaltung einer für den 14. d. M. in Aussicht genommenen Festschicht mit Damen auf Grund des § 8 Absatz 3 des Vereinsgesetzes untersagt. Dem Vernehmen nach hat sich nunmehr aus den Kreisen dieses Vereins ein besonderes Komitee gebildet, welches jene Feier gleichwohl unter Zuziehung von Frauen abzuhalten beabsichtigt.

Em. Hochwohlgeboren ersuche ich ergebenst, gefälligst zu prüfen, ob dieses Unternehmen sich nicht thatsächlich als eine Vereinsveranstaltung darstellt (soll wohl: „darstellt“ heißen. Anmerk. d. Red.) und das Komitee nicht bloß (!!) zur objektiven erkennbaren Umgebung des Gesetzes zusammengetreten ist.

Indem ich bitte im Bejahungsfall auch die in Rede stehende Festschicht zu verbieten (vergl. Entsch. des Königl. Ober-Vereinsgerichtes vom 1. Okt. 1890 E. D. Ver. Ger. Bd. 20 Seite 432 ff. namentlich Seite 444 am Ende) will ich einem Bericht über den Verlauf der Angelegenheit seiner Zeit ergebenst entgegensehen.

J. S.:  
Duger.

An d. R. P. P.  
S. v. R. Hochw. hier  
1 7158

zu I 9789.

Es giebt bloß ein entweder — oder. Entweder man verbietet ohne Unterschied der Partei derartige Veranstaltungen, also auch patriotische Sedan-, Kaiser-Geburtstagsfeste und dergleichen, oder man läßt Welfen und Sozialdemokraten ungeschoren.

Moritz Wiggers ist im Alter von 78 Jahren gestorben. Nicht allzuviel werden in unserer schnelllebigen Zeit sich des Mannes erinnern, der im Jahre 1881 aus dem parlamentarischen Leben geschieden ist. Er war ein Vertreter des noch nicht verkommenen Liberalismus und hat sich speziell um die politische Erwerbung der Bevölkerung des alten Feudalstaates Mecklenburg der Anerkennung werthe Verdienste erworben. Er war im Jahre 1848 der Führer der Reuerer in Mecklenburg und wurde im Revolutionsjahre zum Präsidenten des einzigen Parlaments, der konstituierenden Versammlung, die Mecklenburg je befaßt hat, die aber nie eine Verfassung vereinbart hat, gewählt. Nach Auflösung derselben wurde er nach vierjähriger Unterjochungshaft zu drei Jahren Zuchthaus verurtheilt. Im Reichstage stellte er in Gemeinschaft mit seinem Bruder Julius Wiggers und Büding den Antrag, wonach die Reichsverfassung die Einzelstaaten zur Einrichtung parlamentarischer Körperschaften verpflichten sollte.

Die Abzahlungs-Geschäfte sind bei den heutigen Einkommenverhältnissen der breiten Masse der Bevölkerung nicht zu entbehren. Daß bei Geschäften, die mit den Ärmsten gemacht werden, zahllose an Betrug streifende Uebervorteilungen vorkommen, lehrt die Erfahrung. Die wirkungslos Gesehe hiergegen sind, beweist das sicher wohl-gemeinte, vom letzten Reichstage angenommene Gesetz über die Abzahlungs-Geschäfte. Einige kleine Schädigungen der Käufer hat es erschwert, ihr Abhängigkeitsverhältniß von den

wucherischen Verkäufern aber vergrößert, wie folgendes Aktenstück der bekannten Nähmaschinenagentur von G. Neidlinger beweist:  
Form. H 186.

Instruktion für meine Angestellten  
betreffend das  
Vermiethen von Maschinen

auf Miethe-Vertrag-Form. H 149<sup>1/2</sup> und H 161 bezw. H 177.  
Nach dem Inkrafttreten des Gesetzes, betreffend die Abzahlungs-Geschäfte kann ich — wie dies auch §. 3. in der Petition an den Reichstag hervorgehoben wurde — an unbemittelte Arbeiter und Arbeiterinnen keine Nähmaschinen mehr verkaufen; ich kann sie nur vermieten, ohne daß der Miether durch die Miethezahlung einen Anspruch auf die Maschine erwirbt.  
Nachstehend die äußersten Bedingungen:

Miete: Der Miether einer Nähmaschine verpflichtet sich, eine wöchentliche Miethe von M. 1,50 zu zahlen und die gemietete Maschine schonend und sorgsam zu behandeln.

Kaution: Der Miether stellt bei Unterzeichnung des Miethe-Vertrags oder beim Empfang der Maschine eine Kaution von M. 6,— für eine Fam., V. S. No. 2 und 3, I. F. und O. B. F., sowie:

M. 8,— für eine I. M. C. B. M. Cylinder oder Säulen-Maschine. Die Annahme alter Maschinen ist nicht zulässig.

Kündigung: Der Miethe-Vertrag wird auf unbestimmte Zeit mit gegenseitiger vierzehntägiger Kündigung abgeschlossen. Transport und Zurückzahlung der Kaution: Bei Aufhebung des Miethe-Vertrags hat der Miether . . . M. für das Einschicken und Abholen der Maschine zu entrichten. Dieser Betrag, etwaige rückständige Miethe, sowie Ersatz für fehlende Apparate und Theile ist von der Kaution abzusetzen, der Rest der Kaution wird dem Miether bei Rückgabe der Maschine zurückgegeben. Ordnungsmäßige Benutzung abgerechnet, haftet der Miether für jede Beschädigung an der gemieteten Nähmaschine auch über den Betrag der gestellten Kaution hinaus.

Meine Angestellten haben dem Miether ausdrücklich zu erklären, daß er die Maschine niemals käuflich erwerben kann, sondern daß diese stets mein Eigentum bleibt; der Miether hat so lange Miethe zu entrichten, bis er nach ordnungsmäßig erfolgter Kündigung des Mietheverhältnisses die Maschine zurückgegeben hat.

Die Reichskommission für Arbeiterstatistik ist dem begeisterten Diener des Großkapitals, dem „unentwegten“ Schildknappen des Ausbeuterthums, Eugen Richter, ein Dorn im Auge, nicht deshalb, weil sie ungenügend ist, sondern weil sie ihm noch viel zu viel die Kreise des Ausbeuterthums stört. In seinem letzten Leitartikel drückt er sich um die Angriffe des „Vorwärts“ und schweigt ganz von der Thätigkeit des Vertreters seiner Partei in der Kommission; er begeistert sich dafür für den nationalliberalen Abg. Siegle, der sich redlich bemüht hat, die Arbeiten der Kommission nicht zu praktischen Ergebnissen gedeihen zu lassen. Es ist ein Bild für Götter: Eugen Richter, der Chef der Freisinnigen Volkspartei, verleugnet den Vertreter seiner Partei in der Kommission und unterstützt den nationalliberalen Großkaufmann und Großfabrikanten Siegle. Geht es der Bourgeoisie auch nur in harmlosester Weise an den Geldsack, so verleugnet Eugen seine Partei und geht mit politischen Gegnern, wenn sie nur rücksichtslos gegen die Arbeiter und für die Freiheit der Ausbeutung eintreten.

Schwindel. Nach dem Krieg von 1866 wurde den preussischen Schulmeistern (die nach der famosen Legende bei Sadowa geschlagen haben) in einem königlichen Erlass Dank ausgesprochen. Aus diesem Kollektiv-Dank macht A. H. I. w. a. r. d. t. einen Spezial-Dank, den der König von Preußen ihm, dem künftigen Entdecker der „Judenfinten“, abgestattet habe. Was auf gewisse Leute, die nicht alle werden, hier und da Eindruck gemacht hat.

Mit den Fortschritten des Antisemitismus wird von den Anhängern dieser Partei sehr viel Wesen gemacht; doch der Schein und auch der Lärm trägt, wenigstens spricht nicht für die Wahrheit der gemachten Behauptungen, daß der Bödel'sche „Reichsherold“, der Ahlwardt'sche „Bundschuh“ und das Försler'sche „Freideutschland“ in eine Zeitung verschmolzen werden sollen.

Ein Jahrestag. Am 31. Juli 1892 hielt der „wider-spensige Todte“ des Sachsewalbes auf seiner famosen Kneipreise, die ihm beinahe das Leben gekostet hätte, in Jena eine „begeisterte Bierrede“, von der seine Anbeter erwarteten, sie würde ähnlich wirken wie die Stimme von Bileams Esel, und zwar nicht das Deutsche Reich, aber doch dessen Kanzler umstürzen, damit der alte Dachs wieder in seinen hausmeierlichen Dachsbau zurückkehren und seinen

Getreuen wieder aus dem Millionentopf des Reiches sette Brocken zuwerfen könne. Nun — die Hoffnung hat sich nicht erfüllt; das Biertrinken und Bierreden war nur dem Trinker und Redner gefährlich, und zum ewigen Andenken an den fürchterlichen Ragenjammer, der jenem weltgeschichtlichen 31. Juli 1892 gefolgt ist, haben die Getreuen auf dem Marktplatz von Jena einen Brunnen errichtet, der vorgestern — also eigentlich zwei Tage zu früh — in Gegenwart „von vielen hundert“ (warum nicht von vielen tausend?) „von vielen hundert Männern, Frauen und Kindern“, wie der amtliche Festbericht sagt, eingeweiht wurde, und dessen kühlendes Getränk jetzt allen dürstigen Seelen und namentlich den unter des Ragenjammers Tücken Leidenden Labung spenden soll. Natürlich ward auch eine Einweihungsrede gehalten, und natürlich auch von einem „Professor“, der sich in diesem Fall „Göh“ nennt, und wohl ein Verwandter des großen Leipziger „Döbbsen“-Göh sein dürfte. Was er geredet, das ist in vier Spalten des „Leipziger Tageblatts“ zu lesen und kann von Jedem, der ein Bedürfnis verspürt und das „Leipziger Tageblatt“ nicht zur Hand hat, in allen früheren Reden der Bismarck-Anbeter nachgesehen werden, die seit 1870 nur eine einzige Rede gehalten haben — freilich jedesmal eine „nationale That“.

Fürchtet die Sozialdemokratie Bismarck? Diese Frage beantwortet in der in Bonn erscheinenden links-ultramontanen „Deutschen Reichszeitung“ ein bekannter süddeutscher Politiker folgendermaßen:

Es ist direkt eine grobe Unwahrheit, daß die Sozialdemokraten den Herzog „hassen“, daß sie in ihm eine „furchtbare“ Persönlichkeit erblicken, während er ihnen nur komisch vorkommt, da seine Angriffe auf sie immer mit ihrem Vortheile endigten.

Man kann vernünftiger Weise doch nur den fürchten, der einem geschadet hat und im Stande ist, weiter zu schaden. Unter der „Regierung“ des Fürsten Bismarck sind aber die Sozialdemokraten erst in den Reichstag eingezogen und haben sich von einer Stimme (Webel) über das „dritte Dugend“ vermehrt.

Ein täglich erscheinendes Blatt war die Waffe, die den österreichischen Arbeitern bis jetzt gefehlt hat. Da nun einige Hemmnisse der Entfaltung der unabhängigen Presse in Oesterreich weggefallen sind, wird das tägliche Erscheinen der bis nun nur zweimal wöchentlich erscheinenden Wiener „Arbeiter-Ztg.“ in's Auge gefaßt. Die österreichische Parteivertretung erlaubt einen warmen Anruf, worin sie zur Sammlung von Geldmitteln für die Vergrößerung ihres wichtigsten Organs auffordert. Wir bedauern, daß unser Raum es nicht gestattet, den Anruf wörtlich wiederzugeben, sind aber überzeugt, daß die österreichischen Genossen in Deutschland nicht ermangeln werden, den Anruf ihrer Parteileitung gebührend zu würdigen.

Wir wünschen der österreichischen Bruderpartei, die sich so herrlich in der letzten Zeit entwickelt hat, baldiges Gelingen ihres neuen Unternehmens.

Seine Majestät Casimir I scheint sich in der Rolle des autokratischen Jaren oder des Verfassungsbrechers versuchen zu wollen. Eine Depesche des Präsidenten Casimir Perier besagt nämlich, daß das Anarchistengesetz auch auf Algier angewandt werden wird. Da eine hierauf hinweisende Bestimmung im Gesetze fehlt, so genügt hierzu der Perier'sche Ukas nicht, sondern ist ein besonderes Gesetz erforderlich. Um solche Kleinigkeiten scheren sich die Perier und Dupuy aber nicht.

Das englische Budget ist nun auch vom Oberhaus in dritter Lesung angenommen worden.

Ueber die italienischen Anarchisten meldet die „Frankf. Ztg.“ nach dem „Corriere della Sera“, daß das Ministerium des Innern den auswärtigen Regierungen die Bewegungen der zahlreichen italienischen Anarchisten mittheilt, von denen viele, um den Bestimmungen des neuen Anarchistengesetzes zu entgehen, ins Ausland flüchten. Demselben Blatte zufolge „verschickte“ die Polizei angeblich zahlreiche Anarchisten nach Brasilien. Das könnte natürlich nur geheim geschehen. Die italienisch-brasilianische Auswanderungs-Gesellschaft soll 47 von der Quästur in Turin bezeichneten Anarchisten freie Ueberfahrt auf dem Dampfer „König Humbert“ nach Brasilien gewährt haben. Die Liste der für ein Zwangsdomizil bestimmten, in Rom weilenden Anarchisten umfaßt dem „W. Fr. Bl.“ zufolge bei 300 Namen, darunter sind jedoch nur zehn Römer, die anderen sind hierher zugereiste Anarchisten. Die größte Zahl von Anarchisten beherbergen, wie aus der Liste her-

wer hat das gethan?“ — Crescenz säumte nicht, so schnell als ihre Junge es gestattete, den Austritt mit Jodick der flammenden Zuhörerin zu berichten, die sich hierauf in Dank-sagungen gegen sie erschöpfte. — „Ei, so laß Dank und glatte Worte bei Seite!“ schalt endlich die Alte: „was ich dabei gethan, ist gar keines Lobes würdig. Welcher Mensch in der Welt wird solch ein Galgenesicht gutwillig ins Haus und sich die Gurgel abschneiden lassen? Darauf hatte es der Schurke doch am Ende bei uns beiden abgesehen. Die Gefahr ist jedoch nicht vorbei, sondern sie kommt erst heran. Entweder ist es wahr, was der Bursche behauptete, und der Judenarzt hat Dich an den Schultheiß verschwagt, und in diesem Falle mußt Du schleunig fort; oder es ist nicht wahr, und der Schandbube giebt selber Dich an; dann mußt Du auch fort. Darum kleide Dich, und laufe; es blutet mir mein Herz, daß ich Dich vor die Thüre stoßen muß, — aber überall wirst Du besser sein, als in den Händen des lustigigen Schultheiß.“ — „Hochgelobter, gepriesener Gott!“ seufzte Esther trocken: „Kann Dein Vaterauge sehen solche Bedrängniß, ohne zu helfen? O, daß er fern sein muß, auf den ich baute, auf den ich baute wie auf einen Engel.“

Crescenz hätte gerne der Klagen den Trost gegeben, daß Dagoberth nicht mehr ferne sei, allein sie bedachte noch zu rechter Zeit, daß diese Kunde den Schmerz des Mädchens und ihren Widerwillen gegen die plötzliche Trennung vom Schellenhof vermehren würde, und dennoch war, ihrer Meinung nach, kein besseres Mittel vorhanden, dem nahenden Unheil zu entgehen. Sie begnügte sich daher, der trauernden Esther auszutragen, sich in Wald und Busch so lange verborgen zu halten, bis der nächste Abend herangekommen sein würde, und alsdann sein vorsichtig auf dem Hofe sich wieder zu melden. Unnachlässig drängte sie in dessen jeho zum Abschiede, denn neben der Furcht, das Mädchen selbst in der Feinde Schlingen fallen zu sehen, beunruhigte sie das Loos gar sehr, das ihrer warten dürfte, ward ihre Theilnahme an dem heimlichen Handel bekannt. — Aber so sehr sie auch drängte und trieb, so sehr Esther

sich beeilte, ihrem Willen folgsam zu sein, und kaum sich die Zeit nahm, die schönen Locken mit Crescenz's eigenem Niedertuche vor dem gegen die Fenster schwitzenden Regen zu schützen, — so waren doch Warnung und Vorsicht zu spät gekommen. Die Hunde, die sich bisher nicht geregelt hatten, sahen auf einmal mit wüthendem Toben aus ihren Hütten, und an ihrem kurz darauf folgenden erbärmlichen Geschrei war bald zu merken, daß einige derbe Schläge sie zur Ruhe verwiesen. Zugleich polterten mehrere Stöße gegen die Hausthüre, und barsche Stimmen verlangten Einlaß. — „Herrgott! schütze Deine Magd!“ stöhnte Crescenz, und löschte schnell die Lampe aus, die sie mit in die Kammer gebracht hatte. „Halte Dich ganz ruhig und still, Estherchen!“ flüsterte sie derselben zu, die sich, an allen Gliedern bebend, in eine Ecke des Stübchens verkroch: „bis ich hinunterkomme und Licht mache, und dem Gesindel die Thüre öffne, fällt mir vielleicht ein Nothbehelf ein, und ich rette Dich vor der Nase dieser Spürhunde.“ — Rasch, wie ein Mann im rüstigsten Alter, tappete die Alte die Treppen hinab, und begann durch das Schlüsselloch mit den Bewaffneten vor dem Hause zu unterhandeln. Diese waren jedoch keineswegs gelaut, Scherz oder Bögerung mit sich treiben zu lassen, und drohten, Thür und Fenster in Stücken zu hauen, wofern nicht sofort aufgethan würde. Da sich nun Crescenz entschuldigte mit Mangel an Licht, so erboten sich die Belagerer, ihre eigenen Laternen herzugeben, um das Haus zu durchsuchen. Wie sie dann nun immer heftiger wurden, und ohne Aufhören im Namen des Oberst-richters die Öffnung begehrten, auch indessen das Gesindel zusammengekauft war, und sich wunderte über den muth-willigen Verzug der Schaffnerin, so blieb der letzteren nichts übrig, als in Gottes Namen dem rohen Söldnerhaufen Einlaß zu geben. Der Anführer der grimmigen Schaar fuhr sogleich mit Donnerstimme über die Alte her: „Den Judenbald gieb heraus, den Du in Deinem Hause versteckt hältst! heraus! ohne Widerstand und Ausflucht. Du bist des Todes, wenn Du nicht blitschnell thust, was wir begehren!“ — Crescenz spielte die Ueberraschte, die Unwissende,

aber ihr linksches Zeugnen machte die Herren noch dringender, die gar nicht übel unterrichtet zu sein schienen. — „Lüge, daß Du erstichst!“ schrie der Führer, „wir werden doch wissen, welch' Nestlein wir hier anzuhauen haben! Spare also Deine Winkelzüge, und freue Dich auf den Pranger, alte Knupperin, welche Söhne von ehrlichen Bürgern verführt zur Gemeinschaft mit nichtswürdigen Jüdinnen. Mach' Dich fertig, und steige voran. Wir wollen schon finden, was unser ist.“ Je näher die Gefahr rückte, je trohiger wurde indessen die Alte, und hätte sich beinahe verleiten lassen, eine Betheuerung darauf abzulegen, daß die gesuchte Jüdin sich nicht im Hofe befinde. Indem drängte sich eine neue Figur in den Kreis, und der häßliche Jodick stand wieder frech und leibhaftig wie vor einer halben Stunde vor dem zankenden Weibe. „Glaubt nicht der Here!“ rief er den Söldnern zu: „Die Dirne ist nicht gekommen aus dem Hause. Ganz Notum!“ will sie an der Nase führen, daß sie selbst komme davon mit ganzen Ohren. Doch ich will Euch sagen, was sie nicht will schmusen. Das Vöglein steckt oben im Nest. So Ihr erklimmt die Stiege, hört Jhrs schon piepen und flattern.“ — „Der Jude hat eine Nase wie der Teufel!“ schwor der Anführer der Häscher, welche lärmend gegen die Treppe vordrangen. Vergebens suchte Crescenz den grinsenden Jodick bitten zu lassen, vergebens gegen ihn selbst eine schwerere Anklage zu richten; sie wurde nicht gehört, ihr Geschrei überläßt, und der andringende Haufe riß sie in seinen Wirbel mit fort. Den schlagendsten Beweis, daß sie mit Ränken umgehe, schien obendrein das Erscheinen einer Dirne zu liefern, die oben auf dem ersten Treppena-bstah sich sehen ließ, geküßt in unordentlich übergenommene Nachkleider, und mit ängstlicher Stimme herunter schrie: „Aber, Frau, Frau, um alles in der Welt! Was soll das Getöse? Was giebt es denn?“

\*) Die Stadt

(Fortsetzung folgt.)

vorgeht, die Städte: Livorno, Cesena und Imola. — In Livorno wurde ein Anarchist Namens Franchi unter dem Verdachte verhaftet, Mitschuldiger bei der Ermordung Bandi's gewesen zu sein. —

Russlands Finger dürften demnächst in der serbischen Politik zu bemerken sein. Der Stipendiat Russlands und ehemaliger serbischer Ministerpräsident und Führer der radikalen Partei, auch Sozialdemokrat a. D. Basie ist in Belgrad eingetroffen, um an den Beratungen des radikalen Zentralkomitees teilzunehmen. Unterdessen sucht sich die serbische Regierung ihre Feinde zu entledigen.

Nach einer Meldung der „Politischen Korrespondenz“ aus Belgrad ist die Untersuchung in dem Hochverratsprozesse gegen Cebinae beendet. Außer gegen Cebinae wird der Staatsanwalt die Anklage wegen Hochverrats erheben gegen den ehemaligen Deputierten und Präsidenten des radikalen Klubs Ranko Taisitch, den Sekretär des Krugewerker Kreisverbandes Sina Djakowitsch und den ehemaligen Schullehrer und Steuereinnahmer Alexander Zujowitsch. —

Ueber die Cholera in Russland schreibt man uns aus St. Petersburg: Noch sind die Folgen der vorjährigen Cholera-epidemie nicht überwunden, noch konnte man vor kaum einigen Tagen in den Zeitungen die Berichte über die Gerichtsverhandlungen gegen die an den vorjährigen Ausbrüchen beteiligten Bauern lesen und schon ist abermals in Folge der elenden Lebenshaltung der russischen Bevölkerung mit doppelter Gewalt die Epidemie ausgebrochen. So waren am 24. Juli allein in den Petersburger Krankenhäusern vorhanden: 607 Choleraerkrankte, im Laufe des Tages kamen weiter zu 159, als genesen sind entlassen worden 98, gestorben sind 23. Angesichts solcher Zahlen hielt es die ganze liberale Presse Russlands für ihre Pflicht, doch einmal den Finger in die Wunde zu legen, indem sie die wahren Ursachen der Epidemie der Öffentlichkeit bekannt machte. Sie führte aus: daß im Jahre 1893 die höchste Zahl der täglich Erkrankten nur 60 betrug wogegen sie jetzt 100 beträgt; daß der größte Teil der Erkrankten aus den Vororten Petersburgs stammt; daß dort nämlich die ärmste Bevölkerung wohnt, die sich am elendsten ernährt und den größten Teil der Nächte unter freiem Himmel zubringt! daß ein sehr großer Prozentsatz zu den Cholera-Erkrankten von den Mannschaften und Arbeitern der sich auf der Neva und den Stadtkanälen befindenden Schiffe gestellt wird, die hauptsächlich trockene und kalte Nahrung und ungekochtes Wasser zu sich nehmen und die Nächte unter freiem Himmel, auf den Schiffen auf Holz und Misthaufen zubringen müssen. Daß auch in Petersburg, wie seiner Zeit in Hamburg, von den Ärzten beobachtet wurde, die Kellerwohnungen die Cholera ungeheuer fördern; daß es bis nun erwiesen ist, daß die diesjährige Cholera in keiner Verbindung mit der vorjährigen steht. Es erhelle dies auch aus der Thatsache, daß während die Cholera im vorigen Jahre die dichtbevölkerten Stadttheile aufsuchte, in diesem Jahre, wie schon erwähnt, zumeist die Vororte und die zerstreuten bewohnten Stadttheile heimgesucht werden. Die liberale Presse erachtete es aber auch für ihre Pflicht, auf die Mittel hinzuweisen, die zur Verhütung wenigstens der augenblicklichen Gefahr anzuwenden wären, und während sie von der Betätigung der Öffentlichkeit auch jetzt eine Abhilfe erwartete, wie sich diese schon während der Hungersnoth gezeigt hatte, wollte die reaktionäre Presse wissen: daß diese Abhilfe nur durch die Energie der Regierung möglich sei. Der Waghalsigkeit der liberalen Presse gegenüber konnte die Zarenregierung nicht ruhig bleiben; ihr erschien es überhaupt als ein Frevel, daß jemand von einem anderen als der Regierung eine Abhilfe erwarten könnte. Schon während der Hungersnoth prahlte sie mit den von der Öffentlichkeit zusammengebrachten Gaben, indem sie die Getreidewagen, die nach den Hungerprovinzen abgingen, mit „Väterchen's Bild und Namen verzierte und so den wahren Ursprung dieser Gaben veränderte. Auch jetzt griff sie die liberalen Blätter an, indem sie im Staatsanzeiger bekannt machte, daß die Presse nur dazu beitragen, die öffentliche Meinung zu verwirren und irre zu führen und seitdem — haben die liberalen Zeitungen in den Chor der Regierungs-repäsentanten gegewungener Weise miteinstimmen müssen. An Verwarnungen und Strafen, wie das Entziehen des Privat-eklames und Infektionsrechts, wie der Verbot des Einzelverkaufs hat es für die liberalen Blätter natürlich bei dieser Gelegenheit nicht gefehlt. Jetzt liegt nunmehr die Belämpfung der Cholera allein in den Händen der Regierung und der Polizei, die es als ihre erste Aufgabe erachteten, stets die volle Wahrheit — zu verschweigen. Was die eigentlichen Belämpfungsmittel anbetrifft, so sind diese schon so schwach genug, geschweige denn jetzt, da sie sich in den Händen einer russischen Behörde befinden. Geld ist nicht mehr vorhanden, da die vorjährige Cholera und Hungersnoth alle Geldmittel erschöpft haben, und so bleibt nichts übrig, als der Kampf mit „geistlichen“ Waffen. Auf allen Märkten und Plätzen und in allen Kirchen werden Tag für Tag Gottesdienste zur Abwehr der Cholera abgehalten. An Polizei-Erlassen regnet es förmlich, so werden z. B. die Schnapsstudenbesitzer aufgefordert, darauf zu achten, daß ihre Wäste nicht voll und ganz betrunken werden. Mit Verlaub der Behörde haben sich Hitzel gebildet, die der Bevölkerung die „Abstinenz“ predigen sollen — was übrigens überflüssig ist, da die russische Bevölkerung so wie so „Abstinenz“ üben muß. Das sind die Kampfsmittel der russischen Regierung gegen die verheerende Choleraepidemie; werden sich dem gegenüber die europäischen Regierungen auf die Pariser Initiative verlassen oder werden sie zeitig genug selbst Mittel zur Abwehr der nahenden Gefahr ergreifen?

Ueber die Cholera im Ausland liefen heute die folgenden Drahtmeldungen ein:

Warschau, 31. Juli. Für sämtliche Gouvernements in Polen hat Generalgouverneur Gurko die Wallfahrten nach Czestochowa angeordnet, die stark auftretenden Cholera verbot. Ueber die Maßregeln der deutschen Regierung gegenüber der Gefahr der Einschleppung der Cholera aus Russland informiert die am 30. Juni ergangene Rundverfügung des Doppelten Hoheren Reichspräsidenten, wonach die Beschäftigung landwirtschaftlicher Arbeiter aus Russland nur unter folgenden Bedingungen gestattet wird:

1. Von den Arbeitern bezw. den sie begleitenden Führern ist ein Attest der zuständigen russischen Polizeibehörde vorzulegen, durch welches erwiesen wird, daß der Herkunftsort der Arbeiter cholerafrei ist;

2. auf Kosten der Arbeiter beziehungsweise ihres Führers oder des Arbeitgeber ist durch einen deutschen Arzt beim Eintritt in das Inland festzustellen, daß ein Verdacht bezüglich der Person der Arbeiter auf Choleraerkrankung und bezüglich ihrer Sachen auf Verunreinigung durch Choleraerkrankungen ausgeschlossen ist.

Die Grenzollanten wurden ersucht, die betreffenden Arbeitertrupps nicht eher in das Inland eintreten zu lassen, als bis die erwähnte Untersuchung stattgefunden hat und nach ärztlichem Befund gegen den Eintritt Bedenken nicht obwalten, während die Prüfung der Bescheinigungen des Herkunftsortes durch die Polizeibehörde vor der Vornahme der Untersuchung zu veranlassen ist. Bezüglich des Durchzugs russischer, für andere Regierungsbezirke des Inlandes bestimmte Arbeiter findet die obige Verfügung sinngemäße Anwendung.

Darum werden diese Maßregeln bloß auf Arbeiter und nicht auch auf Nichtstauer, wie Rentiers u. vergl. angewandt? —

Aus Marocco, einem der Wetterwinkel der Politik, liegen wieder recht bedenkliche Nachrichten vor:

Aus Calagaran auf Mindanao wird gemeldet: Die spanischen Truppen griffen am 24. d. Mts. die malaischen Mohammedaner an und brachten denselben eine vollständige Niederlage bei. 250 Malaien fielen in dem Kampfe.

Nach marokkanischen in Madrid eingetroffenen Meldungen wurde ein französisches Schiff „St. Vincent“ in der Nähe von Tanger von Riffabynen überfallen und vollständig geplündert. Das Schiff wurde erst nach dem Eingreifen des spanischen Gouverneurs freigegeben.

Aus Malaga liegt hierzu die folgende Meldung vor: Die Riffabynen nahmen eine unter französischer Flagge segelnde, von Tanger kommende Bark weg und raubten die ganze Ladung. —

It's Krieg? Oder ist es nicht Krieg? Wir meinen den Konflikt zwischen Japan und China. Eine Kriegserklärung ist noch nicht erfolgt. Jedenfalls aber wird gekauert und geschossen. Die Japanesen, die sehr anstellige Leute sind, haben von den Europäern gelernt, daß das Völkerrecht nur dazu da ist, um gebrochen zu werden. Eine der von allen Geschichtsbüchern gepriesenen „Großthaten“ Friedrich's „des Großen“ war es bekanntlich, daß er seiner Zeit Oesterreich und Sachsen ohne Kriegserklärung überfiel. Und wie in neuerer Zeit Bismarck die Kriege machte, und den Angegriffenen zwang, den Krieg formell zu erklären, das wird zwar in den Geschichtsbüchern verschwiegen, ist aber jedem einigermaßen Geschichtskundigen bekannt. Die Raubgier zwischen den Chinesen und Japanesen kann uns an sich sehr gleichgültig sein. Für uns von Interesse sind nur die russisch-englischen Verhältnisse, die anlässlich dieses Konflikts zu Tage treten werden. Bei der trostlosen Finanzlage des russischen Reichs und der völligen Zerrüttung desselben ist freilich nicht zu befürchten, daß es zu einem ersten Zusammenstoß kommen wird. Das absolutistisch-zaristische Regiment hat sich in Russland so vollkommen unfähig erwiesen, und hat so toll die Grundlagen seiner eigenen Existenz zerstört, daß es thatsächlich für den Augenblick nicht einmal die niedrigste aller Politiken: die Raub- und Eroberungspolitik, erfolgreich zu betreiben im Stande ist. Wenigstens nicht im großen Maßstabe. Denn im Kleinen raubt dieser kolossale Raubstaat mit den thöurnen Häfen ja fortwährend und ununterbrochen. —

## Parteinachrichten.

Die letzte Landeskongress der badischen Sozialdemokratie hatte neben den bereits bekannten Beschlüssen auch den gefaßt, den sozialdemokratischen Landtags-Abgeordneten werde zur Pflicht gemacht, den Parteifreien weder in Versammlungen noch in der Presse weiter zu tragen. Die Mannheimer „Volkstimme“ erklärt nun, nachdem sie den auch von uns gebrachten Bericht des Offenburger „Volkfreunds“ über die Verhandlungen der Konferenz, der vom Landesvorstand herüber veröffentlicht hatte, in einer Anmerkung zu einem zweiten Bericht, daß der erste Bericht parteiisch abgefaßt sei, und sie sich deshalb nicht um den Beschluß kümmern werde, wonach der Streit nicht mehr in der Presse und den Versammlungen erörtert werden soll, denn der „Volkfreund“ habe diesen Beschluß selber für so unangeordnet gehalten, daß er ihn in seinem Bericht gar nicht erwähnte. Die „Volkstimme“ begann darauf in ihrer Nummer vom 28. Juli eine Artikelserie, die den Titel „Nachklänge zur Landeskongress“ trägt. Im ersten dieser Artikel wird an der Art und Weise der Verhandlungen der Landeskongress kritisiert; die anderen Artikel liegen uns noch nicht vor.

Gegenüber diesem Verfahren ist zu bemerken, daß eine Partei wie die unsere ohne Disziplin nicht bestehen kann. Ist man mit dem Urtheil der Konferenz nicht einverstanden, so bleibt einem noch der Parteitag, um sein Recht zu suchen. Jedenfalls liegt kein genügender Grund vor, die Hehde in der Presse fortzusetzen. Damit ist natürlich nicht gesagt, daß man auch über das rein theoretische der Frage schweigen solle.

Von den übrigen Blättern unserer Partei haben einige zu der Angelegenheit insofern Stellung genommen, als sie dem Sinne nach Dr. Müdt vorwarfen, er bringe bei der öffentlichen Thätigkeit seine atheistische Weltanschauung härter zur Geltung, als sich mit dem Interesse unserer Partei vertrüge. Wir meinen, daß die Parteipresse gut thun wird, wenn sie bei der Besprechung der Angelegenheit die Sache von den Personen trennt. Die badischen Parteigenossen in ihrer Gesamtheit sind zweifellos ebenso wenig wie die übrigen deutschen Genossen auf die Namen von Personen eingeschwooren. Vorderhand ist es ihre Pflicht, mögen sie Dreesbach oder Müdt Recht geben, darüber streng zu wachen, daß die Beschlüsse ihrer eigenen Konferenz so lange gewahrt werden, bis der Parteitag entschieden hat, dem die Angelegenheit aller Wahrscheinlichkeit nach unterbreitet werden wird.

Aus Brrach in Baden wird von bürgerlichen Blättern gemeldet, daß dort eine sozialdemokratische Versammlung dem von der badischen Landeskongress aus der Partei ausgeschlossenen Landtags-Abgeordneten Stegmüller einstimmig ein Vertrauensvotum ausgestellt habe, so daß dieser das Landtagsmandat behalten werde.

Das Programm der sozialdemokratischen Partei verlangt unter Ziffer 6: Abschaffung aller Auswobnungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Da Stegmüller im Landtage den Bau einer Kirche aus Landesmitteln befürwortet und damit bewiesen hat, daß er nicht auf dem Boden unseres Programms steht, kann er das Vertrauensvotum nicht von Sozialdemokraten erhalten haben.

Zur Agitation wird uns geschrieben: Die außerordentliche geistige Regsamkeit, die sich in den Kreisen der Parteigenossen geltend macht, findet ihren natürlichen Ausdruck in dem Verlangen nach einer nie erlassenden Agitation. Jeder Parteigenosse weiß, daß stetig und unermüdet agitiert werden muß, um den „Unverstand der Massen“ — den zuverlässigsten Bundesgenossen der bürgerlichen Gesellschaft — zu bewältigen.

Zwar leistet die sozialdemokratische Presse in bezug auf die Aufklärung der Massen außerordentliches. Die Vermehrung der Preßorgane und deren steigende Abonnentenzahl beweisen den guten Erfolg. Doch vollen Erfolg für die mündliche Agitation kann die Presse nicht bieten. Beide Formen der Agitation haben sich zu ergänzen.

Der Wunsch der Parteigenossen, das belebende, anfeuernde Wort aus dem Munde der Vorkämpfer zu hören, macht sich heute noch genau so geltend, wie in den Kinderjahren der Sozialdemokratie. Das ist ein erfreuliches Zeichen. Es ist das Verlangen, sich an den Idealen zu begeistern, im Redner das Sprachrohr der eigenen Gefühle, des eigenen Denkens und Willens zu sehen und zu hören, um sich zu stärken und zu stärken für den ersten Kampf.

Um den vielen, oft sehr weitgehenden Wünschen der Parteigenossen in bezug auf die mündliche Agitation gerecht zu werden, hat die Parteileitung eine solche in verschiedenen Gegenden des Reiches vorgesehen. Wenn dabei nicht alle Gebietsteile berücksichtigt werden konnten, so lag das an dem Umstand, daß nicht mehr Genossen, die mit dem Ehrenamt eines Reichstags-Abgeordneten betraut sind, der Parteileitung sich zur Verfügung stellen konnten.

Die in der Vorbereitung begriffene Agitation wird im Laufe des Monats August ausgeführt von den Abgeordneten Kühn

in Schleswig-Holstein, Herbst in Schlesien, Rehger in Thüringen und am Harz, Schumacher am linken Rheinufer, Meist in Baden und der Pfalz, Seifert in der Lausitz, Schulz in Ost- und Westpreußen und Wurm in der Provinz Sachsen.

Zur Ergänzung der gegebenen Erläuterung sei noch bemerkt, daß der Abgeordnete Reichhaus gleichfalls im Auftrag der Parteileitung mit der Agitation in den beiden Rheininger Kreisen betraut ist, und die Abgeordneten Förster und Wurm längere Agitationstouren in ihren Wahlkreisen unternommen haben. Bereits mehrere Wochen ist der Abgeordnete Dr. Schönlan in Württemberg agitatorisch thätig. Um das Bild vollständig zu zeichnen, sei daran erinnert, daß die Nachwahl in den beiden eroberten Wahlkreisen einen großen Theil der Abgeordneten stark in Anspruch nahm. Es steht nun zu erwarten, daß die Genossen allerorts für die von den Vertrauensmännern einberufenen Agitationsversammlungen das rührigste Interesse bezeugen, und mit gewohnter Energie für einen zahlreichen Besuch Sorge tragen.

Darum auf zur Agitation! Der Sozialdemokratie zu Ruh, den Gegnern zum Trub!

Die Häufigkeit der Urtheilungen sozialdemokratischer Redakteure erklärt das „Volkblatt für Halle“ treffend damit, daß die Redakteure unserer Parteipresse bei jeder Kleinigkeit vor den Radi gezogen werden. Es komme nicht selten vor, daß dieselben Artikel, die uns Beurtheilungen einbringen, von den bürgerlichen Zeitungen gebracht würden, ohne daß Anklage erhoben werde.

Wie niederträchtig die bürgerliche Presse gegen die Sozialdemokratie polemisiert, zeigt wieder ein Bericht der Rhein-Westfälischen Zeitung“ über die Agitationstour unseres Genossen Th. v. Wächter. Es heißt da, Wächter wolle nur möglichst schnell viele Arbeitergruppen einbeiseln, um sich dann vom Schauplatz zurückzuziehen und ein gemächliches Leben zu führen. Hätte Wächter das wollen, so hätte er nur seine Ueberzeugung zu verleugnen und ein Psarramt anzutreten brauchen.

Aus Esfeld berichtet die „Freie Presse“, daß der Bau eines großen Versammlungshauses auf dem Johannisberg, das sogenannte Stadthallen-Projekt, in Folge des dankenswerthen Entgegenkommens der bisherigen Eigentümer, Gebr. Ripper, so gut wie beschlossene Sache sei. Die beiden Herren, Rudolf und Emil Ripper, haben nochmal gemeinschaftlich 25 000 M. gezeichnet, so daß sie jetzt auf ihre erste Preisforderung im Ganzen 50 000 M. nachgelassen haben. Sie erhalten demgemäß von der Stadt die für das Versammlungshaus bewilligten 400 000 M. und von dem Stadthallen-Ausschuß 70 000 M., welche letztere bis auf eine verhältnismäßig unbedeutende Summe, wofür der Vorsitzende des Stadthallen-Ausschusses, Stadtverordneter Schmeffel, sich vorläufig „stark machen“ wird, durch die Zeichnungen der Vereine und Privatpersonen bereits zusammengebracht sind. Zu diesen Vereinen gehört auch, wie wir schon kürzlich berichteten, der „Sozialdemokratische Volksverein“, der 2000 Mark beigekauft hat. Unter den Privatpersonen fehlen bis auf verschwindende Ausnahmen so ziemlich alle Geldsäcke der Stadt! Das Versammlungshaus wird also demnächst als ein Werk der „unteren“ und „mittleren“ Schichten der Bevölkerung auf stolzer Bergeshöhe dastehen.

Todtenliste der Partei. In Köln ist der bewährte Parteigenosse Fraßender an den Folgen eines Schlaganfalls verschieden. Noch vor kurzer Zeit feierte er in voller Mäßigkeit seine goldene Hochzeit.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Der gegen unsere Dresdener Parteigenossen Eichhorn und Findeisen wegen „Erpressung“ (verübt durch eine — Aufforderung zum Boykott!) eingeleitete Prozeß, ist vom 28. Juli auf den 22. August vertagt worden, und zwar deshalb, weil ein Zeuge, der Rechtsanwalt Gerlach, Ausschichtungsmitglied der boykottierten Waldschlösschen-Brauerei, nicht erschienen war, sondern sich gegenwärtig zur Kur in Tirol aufhält. Dieser Herr trägt seine Gesundheit in den Alpen, und unser kranker Genosse Eichhorn muß mit Findeisen deshalb vier Wochen länger in Untersuchungshaft sitzen! Eichhorn hat, wie der Gefängnisarzt feststellte, „einen guten (H), alten Katarakt“ — übrigens eine recht passende Ausdrucksweise für einen Arzt! — und neben den Raden älterer Fißelgeschwüre auf der Brust ein frisches Fißelgeschwür; kurz Eichhorn ist so leidend, daß er, als ihn seine Frau besuchte, kaum noch sprechen konnte. Uebrigens ist ähnliches bereits Gradnauer widerfahren. Seine Haft wurde im vorigen Monat ebenfalls dadurch verlängert, daß ein Vertreter der Waldschlösschen-Brauerei, der Direktor Bier, bei seiner Berufung zur Zeugenaussage auf der Reise war und erklären ließ, er könne nicht nach Dresden kommen, weil er krank sei.

Diese Vorkommnisse zu kritisieren ist überflüssig. Sie selbst kritisieren die sächsischen Verhältnisse vernichtender, als die schärfste Kritik es könnte.

Im Februar d. J. beschlagnahmte in Esfeld die Polizei bei einer Durchsuchung in der Druckerei der „Freien Presse“ auch drei Exemplare eines Heftes des Lieberbuchs „Der freie Sänger“, worin das Herwegh'sche Lied „Viel und Arbeit“ ruft die Welt“ abgedruckt ist. Durch Entscheidungen der Berliner und Esfurter Strafkammer sind sozialdemokratische Lieberbücher, worin sich dieses Lied befand, beschlagnahmt und unbrauchbar gemacht worden, deshalb ließ die Esfelder Staatsanwaltschaft dieser Tage das Landgericht über ihren Antrag entscheiden, daß im Verfolg jener Urtheile auch diese Nachdrucke vernichtet werden möchten. Die Beteiligten, der Redakteur der „Freien Presse“ und der Verleger des Blattes, ließen durch ihren Rechtsbeistand auf ein Urtheil der Esfelder Strafkammer vom 4. August 1891 hinweisen, wonach der Verleger von der Anklage der Aufreizung, die durch Verbreitung jenes Liedes geschehen sein sollte, freigesprochen worden war, und beantragten Ablehnung des Antrags der Staatsanwaltschaft. Das Gericht erkannte demgemäß, indem es die Staatsanwaltschaft abwies und die Kosten des Verfahrens der Staatskasse auflegte.

Polizeilich verboten, und zwar auf Grund des § 1 des Vereinsgesetzes, wurde in Hamburg eine öffentliche Versammlung, wo Herr F. Lauffötter einen Vortrag halten sollte über: „Die geistige Ausbildung der nachschulspflichtigen Jugend, mit besonderer Berücksichtigung der Hamburger Verhältnisse.“ — Einen Grund zu dieser polizeilichen Maßregel kann das „Hamburger Echo“, dem wir diese Nachricht entnehmen, nicht entdecken.

## Soziale Leberleiste.

Wie gründlich die Unternehmer das Boykotten betreiben, zeigt wieder ein vom Trauschnitzer „Volkfreund“ veröffentlichtes Verzeichnis hervorragender Agitatoren“, das von dem hierin berichtigten Verband deutscher Metallindustrieller in Berlin von Zeit zu Zeit verfaßt wird. Das Verzeichnis enthält Vor- und Zunamen, Stand, Geburtsort, Geburtsdatum und den Namen der Fabrik, wo der mitleidig gewordene Arbeiter zuletzt in Arbeit gestanden hat, und am Schluß der Liste heißt es: „Vor der Anstellung der in diesem Verzeichnis genannten werden Sie hierdurch gewarnt.“

Boykottiert der Arbeiter eine Brauerei oder verhängt er über eine Werkstatt die Sperre, so entgeht er dem Unternehmer damit noch lange nicht die Möglichkeit der Existenz, außerdem wird ein solcher Boykott immer nur auf eine mehr

oder weniger begrenzte Zeit verhängt. Sieht der Unternehmer nach, so ist der Boykott erledigt. Durch die schwarzen Listen der Unternehmer dagegen wird der Arbeiter dauernd in seiner Existenz geschwächt, und das in der Regel wegen seiner politischen Ueberzeugung oder wegen der Zugehörigkeit zu einer Arbeiterorganisation, was alles mit dem Arbeitsverhältnis an sich nichts zu thun hat, oder weil er sein und seiner Kameraden Arbeitsverhältnis zu verbessern suchte, was nach § 152 der Gewerbeordnung sein gutes Recht ist. Außerdem prüft die Arbeiterschaft erst die Sachlage, bevor sie dem Antrag auf Boykott-Erklärung oder auf Verhängung der Sperre zustimmt. Nicht ein oder zwei, sondern mehrere Leute entscheiden darüber. Nicht so bei den Unternehmern. Soll ein Arbeiter zum Hungern verurtheilt werden, so theilt sein sogenannter „Arbeitgeber“ der Geschäftsführung des Verbandes einfach die Personalien des misshandelt gewordenen Arbeiters mit und ersucht um dessen Aufnahme in die schwarze Liste, ohne daß der Arbeiter von der Sache in Kenntniß gesetzt ist. Die schwarze Liste wird geheim gehalten, und so kann es vorkommen, daß der Arbeiter nie erfährt, warum er nirgends wieder Beschäftigung bekommt. Daß bei diesem geheimen Verfahren der niedrigsten Denunziation Thür und Thor offen steht, bedarf keines Beweises. Angesichts dieses schändlichen Gebahrens der Unternehmer bringen es die herrschenden Klassen noch fertig, vor sittlicher Entrüstung überzuschäumen, wenn die Arbeiter einmal zum Boykott greifen, was gegenüber den sorgfältigen Provolationen verhältnismäßig selten genug vorkommt. Die Heuchelei der herrschenden Klassen übersteigt wirklich alle Begriffe.

**Soldaten als Streifbrecher.** Aus Bingen bei Rast wird der „Rheinischen Zeitung“ gemeldet: „Daß man es hier wie anderwärts durch die freien Arbeiter durch Angehörige des Militärstandes Konkurrenz zu machen, ist auf dem Bauernhofe der Geschwister Wolf hier zu sehen. Die Arbeiter waren nicht mehr mit dem ihnen gereichten Essen zufrieden, und da sie kein besseres bekamen, stellten sie die Arbeit ein. Um Ausschüsse wandten sich die Eigentümer an die Militärbehörde und von einem der umliegenden Forts wurden ihnen auch vier Soldaten zur Verfügung gestellt. Diese besorgen jetzt an Stelle der Arbeiter deren Thätigkeit, vielleicht noch etwas billiger, und die Unmacht der Arbeiter ist noch einmal gewahrt.“

Es ist bekannt, daß die Kommandeure von Truppenteilen schon öfter derartige Verlangen der Unternehmer abgewiesen haben. Kommt es dennoch vor, daß Soldaten zu Streifbrechern für die Verfügung gestellt werden, so läßt das darauf schließen, daß das Kriegsministerium in dieser Angelegenheit noch immer keine Verfügung getroffen hat, die dem Uebelstand abhilft. Eine solche ist aber, wie das Beispiel aus Bingen zeigt, höchst nöthig. Öffentlich wird sie nun endlich erlassen.

**Die Einführung der Arbeitslosen-Versicherung für ihre Mitglieder hatten die evangelischen Arbeitervereine auf ihrem diesjährigen Delegirtenkongress in Frankfurt a. M. ins Auge gefaßt. Jeder Verein sollte, wenn er Lust dazu hatte, entsprechend für seine arbeitslosen Mitglieder sorgen. Jetzt ist im Moniteur dieser Fortschrittvereine ein Statutentwurf erschienen, der ihnen als Grundlage der Bestimmungen über die Arbeitslosenversicherung dienen soll. Danach hofft man, bei Zuschüssen der Stadt-Lassen und der sogenannten „Arbeitgeber“ und bei obligatorischer Versicherung der Mitglieder mit einem Mitgliedsbeitrag von 10 Pf. auszukommen, um den arbeitslosen Mitgliedern wöchentlich 3 M. Unterstützung zu zahlen. Daß diese Unterstützung zum Sterben zu viel und zum Leben zu wenig ist, wird höchstens ein Geistlicher bestreiten, der, im Genuß einer fetten Pfründe, nicht weiß, wie kostspielig der Lebensunterhalt ist. Indessen ist es Sache der Mitglieder der Fortschrittvereine selbst, über die Höhe der Unterstützung zu befinden. Die Gemeinden aber haben nicht die geringste Veranlassung, die Gründung der „Evangelischen“ zu fördern. Gemeindegelder sind für allgemeine Zwecke, nicht für solche von Privatgesellschaften da, und wenn die Gemeinden etwas für die Arbeitslosen thun wollen, so hat das so zu geschehen, daß alle Arbeitslosen davon Nutzen haben.**

**Unterstützung der Barbier- und Friseurgehilfen in Beziehung auf Verlängerung ihrer überlangen Arbeitszeit beschlossen die Arbeiter Kiel's und Gaarden's in einer Volksversammlung am 24. Juli. Die Barbierläden sollen danach Wochentags um 9 Uhr Abends, Sonntags um 4 Uhr Nachmittags geschlossen werden. Bisher betrug die Arbeitszeit der Gehilfen täglich wenigstens 15 Stunden, Freitags, Sonnabends und Sonntags 16 bis 17 Stunden. Eine beträchtliche Zahl von Barbierläden-Inhabern hat die Forderungen bereits bewilligt, die Mehrzahl jedoch leider noch nicht.**

**Für die ungeheuerer Vertheuerung der Arzneien durch die Apotheken bringt die „Pharmazeutische Zeitung“ ein paar interessante Beispiele. Danach kostet z. B. je ein Kilo nach der Arzneitaxe Einkaufspreis dagegen**

Indisches Hanfextrakt 500 M.	12.— M.
Cubebenextrakt 350 „	29.— „
Farnextrakt 200 „	9,50 „
Mutterkornextrakt 900 „	23.— „

Das sind Preise für Rohprodukte. Sind diese erst in die Hände des Kranken gekommen, so ist inzwischen der Preis durch Verrechnung der ausgewandten Arbeit verdoppelt und verdreifacht.

**Gegen den Maximalarbeitstag hat der national-liberale Reichstags-Abgeordnete Siegle, Mitglied der Kommission für Arbeiterstatistik, dieser Körperschaft ein Sondergutachten eingereicht, weil er deren Verhandlungen über die Arbeitszeit in Bäckereien, Konditoreien u. s. w., wobei die Frage des Maximal-Arbeitstages aufs Tapet kam, nicht beiwohnte. Siegle meint, was man den Bäckern oder Konditoren gegenüber verordnen könne man später den Handlungsgehilfen, Müllern, Rehmern u. s. w. nicht verweigern; die Einschränkung der übermäßigen Arbeitszeiten sei unzweifelhaft wünschenswerth, aber es frage sich, ob eine gesetzlich gleichförmige Einschränkung nicht Folgen nach sich ziehe, die für die Arbeiter schlimmer seien als der jetzige Zustand. Nachdem er angeführt hat, daß auf dem Lande die Bäckereien andere Verhältnisse haben als in der Stadt, indem auf dem Lande nicht sieben, sondern ein- bis fünfmal wöchentlich gebacken wird, sagt er: „In den größten Städten hält sich eine Anzahl von Betrieben lediglich durch die individuelle Elastizität des Inhabers und seiner Arbeitskräfte, namentlich auch die der Arbeitszeit. Für die Stadt Stuttgart beispielsweise ist die technische Ueberlegenheit der größten Bäckerei, derjenigen des Konsumvereins mit ihren Verkaufsstellen, jetzt schon eine unbestreitbare Thatsache, obwohl sie die geringste Arbeitszeit hat. In demselben Augenblicke, wo die Schranke der wöchentlichen, täglichen oder schichtmäßigen Maximal-Arbeitszeit für die länger arbeitenden Geschäfte errichtet wird, kann der technische Ueberlegenheit des größeren Betriebes die individuelle Ausgleichung der übrigen nicht mehr nachkommen; mit anderen Worten: die Bäckerei als Handwerksbetrieb wird (sozusagen) gesetzlich erschwert und auf die Errichtung von Großfabriken und Großbäckereien eine Art Prämie gesetzt, und zwar eine um so größere, je kleiner die Arbeitszeit bemessen wird. Dabei ist zu betonen, daß nicht bloß bsd- und ostentische Fragen hereinfließen, sondern ganz besonders auch die allgemeine Ueberlegenheit der Großbetriebsform, sobald die Arbeitsbedingungen gleichförmig gestaltet werden.“**

Wieso die Verdrängung der Zwergbäckereien durch Großbetriebe den Arbeitern schaden soll, ist nicht einzusehen.

**Eine wohlverdiente Niederlage haben die Innungskassen in Köln erlitten. Nachdem die kölnische Ortskrankenkasse sehr leistungsfähig ist, hat die Bäckereien die Errichtung einer Innungskassenkrankenkasse ins Auge gefaßt. Dagegen erhob eine gut besuchte Versammlung von Bäckern und Bäckergehilfen energisch Widerspruch.**

## Gewerkschaftliches.

**Au die Schneider und Schneiderinnen!** Da in letzter Zeit vielfach Klagen über Lohnabzüge bei der Agitationskommission geäußert wurden, wurde in der letzten Sitzung beschlossen, am Mittwoch, den 1. August, Abends 8 1/2 Uhr, bei Freygang, Schützenstr. 18/19, eine Werkstätten- und Geschäfts-Delegirten-Sitzung abzuhalten. Am das Nähere feststellen zu können, sind alle in der Maaschneiderei beschäftigten Kollegen und Kolleginnen eingeladen.

Donnerstag, den 2. August, Abends 8 1/2 Uhr, findet eine diesbezügliche Sitzung bei Augustin, Kastanien-Allee 11, statt, wozu die Schneider und Schneiderinnen der Herren-, Damen- und Knaben-Konfektion, Mantelherren, Hügel, Stepper u. s. w. besonders eingeladen sind. Kollegen und Kolleginnen, es ist Pflicht dafür Sorge zu tragen, daß die Sitzungen recht gut besucht werden und von allen Werkstätten Personen erscheinen, um einen genauen Bericht der Verhältnisse zu geben. Die Agitationskommission der Schneider und Schneiderinnen Berlins.

**In München** gaben die Bierbrauer-Gehilfen bekannt, daß ihre an die Brauereien gestellten Forderungen bis jetzt von der Löwen-, Spaten-, Augustiner-, Kochel- und Jacherl-Brauerei bewilligt sind. Ferner wurde eine Schäfflerversammlung mit der Mittheilung überrascht, daß die große Pilsenerbrauerei die Forderungen in den wichtigsten Punkten genehmigt habe. Die Schäffler (Käser) verlangen 1. wöchentlich 29 M. einschließlich 5 M. Wohnungsgehalt, 2. 9 1/4 Stunden Arbeitszeit, zwischen denen 2 1/4 Stunden Pause liegen, 3. doppelte Zahlung für Sonntagsarbeit, 4. Freitrag von gesundem Bier, 5. halbtägige Arbeitszeit am Oktoberfest- und Kirchweihmontag und am Fastnachtsdienstag.

**Die polizeiliche Auflösung** der Zahlstelle des Verbandes der Maurer Deutschlands in Rimmilchau ist erfolgt, nachdem erst vor Kurzem die Zahlstelle desselben Verbandes in Chemnitz aufgelöst wurde.

**Aus Oldenburg** wird der „Frankfurter Zeitung“ geschrieben: Der hiesige Glasarbeiterstreik hat einen eigenthümlichen Rechtsstreit im Gefolge gehabt. Die streikenden Arbeiter, die der Glashütte gehörige Wohnungen innehaben, weigern sich, diese zu räumen. Die Arbeiter stützen sich darauf, daß ihnen die Wohnungen nicht gekündigt seien, während die Direktion sich auf den Standpunkt stellt, daß die Arbeiter mit der Kündigung ihrer Stellen in der Hütte auch auf die Wohnungen verzichtet hätten. Demgegenüber hob der Anwalt der Arbeiter hervor, daß die Lösung des Arbeitsverhältnisses gar nicht von den Arbeitern ausgegangen sei, sondern von der Direktion der Glashütte, indem diese die Reduktion der Löhne beschloß. Nachdem drei Verhandlungstermine in dieser Sache stattgefunden, hat das Gericht jetzt zu Ungunsten der Arbeiter entschieden. Diese werden also die Wohnungen räumen müssen. Im Uebrigen verläuft der Streik in voller Ruhe. Die Streikenden erhalten viele Unterstützungen, während die Hütte die Defen bis auf einen ausgenommen hat. Der Gemeinderath der Vorstadt Osterburg wird sich jetzt mit der Frage der Unterbringung der obdachlosen Arbeiter beschäftigen.

Offenlich steht das in Aussicht stehende bürgerliche Gesetzbuch das jetzige Recht des Unternehmers aus der Welt, seine Arbeiter aus den Wohnungen, die er ihnen vermietet, sans façon auf die Straße zu setzen.

## Versammlungen.

**Der Verband der in Buchbindereien, der Papier- und Ledergeräthewaren-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen (Mitgliedschaft Berlin)** hielt am 23. Juli seine ordentliche Generalversammlung ab. Zuerst wurde die Abrechnung der Sammlung vom 1. Mai gegeben, die eine Einnahme von 281,70 M. aufweist. Der Vorsitzende Kollege Schmidt erstattete hierauf den Geschäftsbericht vom 2. Quartal, der von rühriger Thätigkeit Kunde giebt. Die Zahl der männlichen Mitglieder stieg von 558 auf 580, während die weiblichen Mitglieder sich um 8 verringerten (74 — 8), so daß die Mitgliedschaft insgesamt 646 Mitglieder zählt. Der Rückgang in der Zahl der weiblichen Mitglieder gab Anlaß, die Versammelten anzuspornen, fleißiger für die Gewinnung auch der Arbeiterinnen, die im Beruf ja viel zahlreicher vertreten sind als die Männer, zu agitieren. Nach dem Berichte des Arbeitsnachweises waren im verfloffenen Quartal als arbeitslos gemeldet 300 Kollegen und 99 Kolleginnen, 51 resp. 48 waren Nichtmitglieber. Salangen wurden gemeldet 163 für Arbeiter und 62 für Arbeiterinnen; von ersteren wurden 126, von letzteren 29 besetzt. Die Bibliothek besteht aus 237 Bänden. Der Kassenbericht, von Kollege Christian gegeben, weist auf: Für die Zentralkasse Einnahme 1586,35 M., Ausgabe 436,68 M., an die Hauptkasse abgeliefert 1149,67 M. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 811,81 M., Ausgabe 422,54 M., bleibt Bestand 389,27 M. Bemerkenswerth ist, daß die von weiblichen Mitgliedern geleisteten Wochenbeiträge sich erheblich vermehrt haben, obgleich die Zahl der Arbeiterinnen sich verringert. Die nöthig gewordenen Ertragswahlen fielen wie folgt aus: Alex Sailer, Fruchstr. 73, Hof 11, 1. Vorsitzender; E. Wilhelm, 2. Vorsitzender; J. Richter, 1. Schriftführer; als Beisitzerin Frau Grauer; in die Arbeitsnachweis-Kommission wurden die Kollegen Conrad, Faust, Bürke und Weinschild gewählt. Aus der Neuwahl der Rechtschutzkommission gingen hervor die Kollegen G. Wäpeler, Christian, Eisenhardt, B. Jost und Ziegner. Auf Antrag des Vorstandes wurden für die Brauereiarbeiter 100 Mark und für die Gewerkschaftskommission 50 M. bewilligt. Scharf tabelnd äußerten sich die Versammelten sodann über den Kassenboten der Buchbinder-Ortskrankenkasse, Herrn Meier. Derselbe kaspirt die Unwahrheit, die Vereinigung habe ihr Sommerfest in einem gesperrten Lokale abgehalten. Es steht diesem Herrn, wie dem Rentanten und Vorsitzenden der Ortskrankenkasse wohl an, sich als Hüter der Arbeiter-Prinzipien aufzuspielen, tagt doch die Kasse seit Jahren trotz Protestes der Mitglieder in einem boykottirten Lokal. Die Mitglieder mögen daraus die Lehre ziehen, daß die Verwaltung der Krankenkasse in ihre Hände übergehen muß, damit der traurige Zustand, daß Beamte der Arbeiter gegen die Organisation wirken, endlich aufhört.

**Für die Dachdecker und verwandten Berufsge nossen** war Sonntag Vormittag eine öffentliche Versammlung einberufen. Der Vorsitzende Radwih führte aus, daß die Innung, ob sie dazu autorisirt sei, müsse noch festgestellt werden, allen Arbeitgebern aufgegeben habe, die bei ihnen Beschäftigten bei der Innungskasse anzumelden. Dies sei, soweit es die Mitglieder der freien Hilfskasse betrifft, ungesetzlich; man solle gegen diesen Uebergriff energisch Protest einlegen und beim Oberpräsidenten Beschwerde führen. Man verpflichtete dem Redner in der Diskussion vollkommen bei und wählte die Kollegen Radwih, Mehrlein und Petri, durch welche die drei hierorts bestehenden Kassen: Hilfskasse, Ortskasse und Innungskasse vertreten sind, mit dem Auftrage, beschwerdeführend gegen die Innung vorzugehen. Der folgende Punkt der Tagesordnung betraf die mangelhaften Schutzvorrichtungen, welche sich trotz vielfacher Unglücksfälle immer wieder vorfinden. Althaus berichtete, daß auf eine dahinstellende Beschwerde an das Polizeipräsidium bis jetzt noch kein Bescheid ergangen sei. Das Submissionswesen wurde ebenfalls lebhaft diskutiert und ein gemeinsames Vorgehen sämtlicher Bauhandwerker dagegen in Aussicht gestellt. Die Stellung des Delegirten

zur Gewerkschaftskommission Lange, der verabsäumt hatte, Schritte zu thun, damit die Gewerkschaft Stellung zum Bierboykott nehmen konnte, wurde von verschiedenen Rednern getadelt. Der Delegirte legte sein Amt nieder, an seiner Stelle wurde Kollege Kühn gewählt. Es wurde noch beschlossen, Plakate zu den öffentlichen Versammlungen nicht mehr drucken zu lassen, sondern dieselben durch Handzettel und Infetat im „Vorwärts“ bekannt zu geben.

**Köpenick.** Der hiesige sozialdemokratische Arbeiterverein gab in seiner letzten Versammlung am 27. Juli den Mitgliedern eine ausführliche Uebersicht der Vereinsthätigkeit im verfloffenen Geschäftsjahre. Derselben ist zu entnehmen, daß der Verein neun Versammlungen einberufen hatte, in denen sieben Vorträge gehalten wurden. Vom November 1893 bis Februar 1894 wurde in der Schulabtheilung unentgeltlich Unterricht erteilt. Die Vereinsbibliothek umfaßt gegenwärtig 178 Bände und 54 Broschüren. Die Gesamteinnahme betrug im Jahre 867,25 M., der eine Ausgabe von 634,35 M. gegenübersteht. Bei den Ausgaben sind hervorzuheben: für Vorträge 43,40 M., Bibliothek 86,80 M., Schulabtheilung 70,40 M., Agitation 170 M., Unterstufung 82,85 M. Die Mitgliederzahl ist von 118 auf 223 gestiegen. Die hierauf erfolgte Neuwahl des Vorstandes ergab folgendes Resultat: Hilliges erster, Hämerling zweiter Vorsitzender; Viele Kaffirer; Grothe Schriftführer; Streichhan, Beisitzer; Günther, Dietzsch und Oim Revisoren. Die diesjährige Cassalfest soll in Paulsborn bei Müggelschloß abgehalten werden.

## Depechen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

**Essen a. d. Ruhr, 30. Juli.** Wie die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ mittheilt, tagten heute in Essen die Vertreter der bedeutendsten am Dortmund-Rheinkanal interessirten Städte, Bezirke und wirtschaftlichen Körperschaften. Einstimmig wurde beschlossen, nach wie vor an der Süddeutschen-Linie (Projekt 4) festzuhalten und in einer Denkschrift der Eingabe von Dortmund, welche sich für die Lippe-Linie ausspricht, entgegenzutreten.

**Paris, 30. Juli.** Die radikal-sozialistische Gruppe der Kammer veröffentlicht ein Manifest, in welchem die Radikalen sich gegen den Vorwurf verwehren, das Interpellationsrecht mißbraucht zu haben. Alle von ihnen vorgebrachten Interpellationen seien notwendig gewesen. Die Kammer habe nichts zustande gebracht, da die Majorität über nichts eine bestimmte Meinung gehabt habe. In dem Manifest wird ferner das Bedauern ausgedrückt, daß nicht einer der ältesten Diener der Demokratie der Nachfolger des Präsidenten Carnot geworden sei. Dadurch scheine sich die Lage verschlimmert zu haben.

**Brünn, 30. Juli.** Eine in der Frage des Wahlrechts von Arbeitern einberufene und von 6000 Personen besuchte Volksversammlung verlief vollkommen ruhig. Eine Resolution war nicht in Aussicht genommen.

**Baterra, 30. Juli.** Zwischen einer Brigantenbande und einer Abtheilung Landgendarmen kam es zu einem Zusammenstoß, bei welchem sechs Briganten getödtet wurden.

**Mailand, 30. Juli.** Als ein Bataillon Bersaglieri heute durch den Wald zwischen Gallarate und Busto-Arsizio marschirte, schoß ein Trompeter auf drei Soldaten und einen Lieutenant und verwundete sie leicht. Sodann schoß er auf einen anderen Soldaten, den er schwer verletzete, und tödtete schließlich sich selbst mittels eines Gewehrschusses. Die That war wahrscheinlich die Folge eines Anfalls von Jreun.

**Sofia, 30. Juli.** Nach den letzten Nachrichten über den Brand in Kotel sind nur 200 Häuser und eine Schule unversehrt geblieben. Verluste an Menschenleben sind nicht zu bezagen. Gestern fanden in mehreren Städten Municipalwahlen statt; überall wurden die Kandidaten der Nationalpartei gewählt.

**Livorno, 30. Juli.** Der Anarchist Lucchesi, welcher der Ermordung des Redakteurs Bardi verdächtig ist, traf heute Abend an Bord der „Palestina“ hier ein und wurde alsbald in das Gefängniß gebracht und dort vor den Untersuchungsrichter geführt.

**London, 31. Juli.** Unterhaus. Der Parlamentsekretär des Auswärtigen Grey erklärte, daß die Unterhandlungen mit Rußland betreffend Pamir einem befriedigenden Abschluß nahe und daß mit Japan innerhalb der letzten 14 Tage ein Handelsvertrag unterzeichnet sei. Die Unterhandlungen mit Frankreich bezüglich des englischen Vertrages mit dem Kongo-Kaate hätten noch nicht das Stadium erreicht, in dem eine Erklärung möglich sei, doch habe die Regierung nie gezögert, auf irgend etwas, das innerhalb der von Lord Salisbury gezogenen Einflußsphäre liege, Anspruch zu erheben. Der Altonakredit wurde darauf ohne Abstimmung bewilligt.

**London, 30. Juli.** Der Parlamentsekretär des Auswärtigen Grey erklärte im Unterhause, daß die englische Regierung eine Vermittelung zwischen China und Japan nicht angeboten habe, sie habe nur in Uebereinstimmung mit anderen Mächten in Peking und Tokio im Interesse des Friedens freundlichen Rath erteilt. Der Schatzkanzler Harcourt kündigte an, er werde morgen eine Resolution zur Beschleunigung der Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die ausgehenden irischen Pächter beantragen.

**Warschau, 31. Juli.** Das Kollamt Nieszawa ist vom Finanzminister angewiesen worden, bis zum 1. September d. J. neuen Stils Schiffe gegen Neuvers ohne besondere Sicherheitsleistung einzulassen.

**Stockholm, 31. Juli.** Das Kommerzkollegium hat unter dem 30. d. M. Dänemark als von der Maul- und Klauenseuche befreit erklärt.

**Maastricht, 31. Juli.** Bis gestern Abend kamen hier 13 Cholerafälle vor, von denen 6 einen tödlichen Ausgang hatten.

(Depechen des Bureau Herold.)

**Belgrad, 31. Juli.** Die Untersuchung gegen Cebinac ist nunmehr beendet. Gegen denselben, sowie gegen den früheren Präsidenten des radikalen Klubs der Skupstina, Djakovic, und den Schullehrer Zujovic wird seitens des Staatsanwalts Anklage wegen Hochverraths erhoben werden.

**Sofia, 31. Juli.** Die macedonischen Bulgaren beabsichtigen den Vertretern der auswärtigen Mächte ein Memorandum zu überreichen, in welchem zum letzten Male um die Durchführung der im Berliner Vertrage stipulirten Reformen ersucht werden soll.

**Warschau, 31. Juli.** Die Stadt Jazkoczn ist niedergebrannt. Fünf Personen sind dabei ums Leben gekommen; 800 Familien sind obdachlos. Das Feuer entstand in einem Naphtalager.

**Rom, 31. Juli.** Der Eindruck, den das im Banca Romana-Prozeß gefällte Urtheil unter der Bevölkerung hervorgerufen hat, ist sehr zu Ungunsten der früheren Minister ausgefallen. Man ist überzeugt, daß Giolitti und Genossen, wenn sie vor Gericht gestellt werden würden, keinesfalls eine Freisprechung erfahren dürften.

**Rom, 31. Juli.** Gestern Abend reiste ein Inspektor aus dem Ministerium des Innern nach Massana ab, wo derselbe eine als Deportationsort für italienische Anarchisten geeignete Ortschaft aussuchen will.

**London, 31. Juli.** Briefe von mehreren, am Nordrande des Ryafla-Seees ansässigen Missionaren bestätigten die Meldungen, daß die Deutschen den Transport von Munition und Waffen, welche für Slavojäger am Tanganjasee bestimmt sind, über den Ryafla-See zulassen und unterstützen. Am 10. Mai sei eine mit Flinten und Munition ausgerüstete, etwa 300 Mann starke Karawane in der Nähe einer Missionarstation vorbeimarschirt, ohne daß sie von deutschen Beamten besetzt worden sei.

## Arbeiter! Parteigenossen!

Die Einigungsversuche vor dem Gewerbegericht sind an dem Widerstande des Vier-Ringes gescheitert. Der barbarische Akt des kapitalistischen Uebermuths, die unerhörte Maßregelung der völlig schuldlosen Brauereiarbeiter ist nicht zurückgenommen worden.

Die Berliner Arbeiterschaft hat den Bierproben die einzig mögliche Antwort ertheilt.

In zweieinhalb großen Volksversammlungen ist der Bierboycott auf sämtliche Ringbrauereien ausgedehnt worden.

Arbeiter! Parteigenossen! Eure Ehrenpflicht ist es, nicht zu dulden, daß Hunderte von Klassenossen der Unternehmer-Willkür zum Opfer fallen, daß der Brauerling in brutalster Weise seine ökonomische Macht mißbraucht.

Zum Kampfe gedrängt wird die Arbeiterschaft Berlins ihre gerechte Sache mit aller Energie führen und mit rücksichtsloser Entschlossenheit diejenigen Mittel anwenden, welche den Sieg verbürgen.

Arbeiter! Parteigenossen! Sorgt dafür, daß nirgends Ringbier getrunken wird. In keinem Hause, in keiner Werkstatt, bei keinem Ausfluge darf ein Tropfen Boykottbier getrunken werden.

Alle Feste und Vergnügungen in Lokalen, in denen Ringbier geschänkt wird, sind zu unterlassen; alle etwa bereits getroffenen Verabredungen rückgängig zu machen.

Den Gastwirthen muß klar gemacht werden, daß sie zu wählen haben zwischen der Kundschaft der Arbeiter und der Günst der Bierproben. Wir wollen jede Schädigung der Gastwirthe vermeiden, indem wir dieselben auffordern, sich Bier aus boykottfreien Berliner oder auswärtigen Brauereien anzuschaffen, dann werden die Arbeiter nach wie vor bei ihnen verkehren.

Weder Maßregelungen noch Saalsperre schrecken uns; wir kennen keine Furcht und wissen, daß an der Solidarität der Arbeiter das Unterfangen des Brauerlings scheitern wird. Mit unbeugbarer Entschlossenheit halten wir den

### Boycott über sämtliche Ringbrauereien

so lange aufrecht, bis unsere gerechten Forderungen erfüllt sind.

Arbeiter Berlins, thut eure Pflicht, meidet das Ringbier und die Lokale, in denen Euch Boykottbier vorgeführt wird.

Nud auch Ihr, Arbeiter und Parteigenossen in Deutschland, helft uns, indem Ihr kein Bier aus den boykottierten Brauereien Berlins trinkt.

Der Boycott, dessen Ende nicht abzusehen ist, ist den Berliner Arbeitern durch einen Akt unerhörter Brutalität aufgezwungen. Wir appellieren an das Ehrgefühl aller Klassenbewußten Arbeiter und wissen, daß ihre Solidarität sich stärker erweisen wird als die Zufallsmeinigkeit des dividendenlästernen Unternehmertums.

Vorwärts, Arbeiter und Parteigenossen! Trinkt kein Boykottbier! Meidet die Lokale in denen Ringbier ausgeschänkt wird! Kauft kein Flaschenbier, welches aus Ringbrauereien stammt. Lehteres empfehlen wir besonders den Frauen zur Beachtung.

Hoch die Solidarität der Arbeiter!

### Die Boykottkommission.

#### Boycottfreies Bier liefern:

- Brauerei Carlberg, Friedrich Reichenkron, Charlottenburg.
- Brauerei Wilhelmshöhe, E. Lehmann, Berlin.
- Brauerei Pichelsdorf, Direktor Hoffmann.
- Münchener Brauhaus, Aktien-Gesellschaft, Berlin.
- Süddeutsche Brauerei, Karl Ring u. Co., Berlin.
- Brauerei Müggelschlöfchen, Friedrichshagen.
- Nordstern-Brauerei, Berlin.
- Brauerei in Wusterhausen.
- Exportbrauerei Rathenow, Niederlage bei Max Demhardt, N.W., Hannoversche Straße 18a.
- Schloßbrauerei, Fürstenauf der.
- Bürgerliches Brauhaus (in Firma Müller), Frankfurt a. O.
- Gustav Spiekermann, Weberstraße 66, Niederlage des Bürgerlichen Brauhauses Luckenwalde.
- Phönix-Brauerei, C. Madon, Lichterfelde.
- Brauerei Jagdschlöfchen, Eberswalde, Niederlage Edm. Kenter, Swinemünderstr. 45.
- Brauerei Tivoli, Straußberg, Niederlage Stabernack, Mühlentstraße.

#### Lokales.

Die Lokalkommissionen der einzelnen Ortschaften des Kreises Teltow-Charlottenburg werden hiermit aufgefordert, sofort die Adressen derjenigen Restaurateure einzulisten, welche nur nichtboykottiertes Bier ausschänken; da die Annonce im Inseratenteil der Sonnabends-Nummer des „Vorwärts“ veröffentlicht werden muß, bitten wir die Adressen bis Freitag Mittag um 12 Uhr der Expedition des „Vorwärts“ einzusenden. Heinrich Böker, Herm. Bernick, Adlershof, Charlottenburg.

4. Wahlkreis Süd-Ost. Am Sonnabend, den 4. August, wird die Liste derjenigen Gastwirthe des Südostens, welche kein Boykottbier schänken, wiederum veröffentlicht. Die Parteigenossen werden ersucht, alle Veränderungen resp. Neu-Aufnahmen dem Mitglied der Lokalkommission, Genossen Karl Scholz, Wrangelstr. 32, bis Freitag Mittag zuzustellen zu wollen.

Von der Rixdorfer Lokalkommission wird uns berichtet mitgeteilt, daß der Gastwirth W. Kuppert, Rixdorf, Prinz Handjerystr. 44, schon seit Wochen nur boykottfreies Bier führt, daß er nur irrtümlich in der Liste der boykottierten Wirthe aufgeführt worden sei.

Dagegen schänkt, wie uns von Oranau gemeldet wird, der Destillateur Schucholz, Ecke der Wilhelm- und Köpenickerstraße, Bier aus der Brauerei Bölow und ist somit von der Liste der freien Lokale zu streichen.

Die Frauen und der Bierboycott — so lautet das Thema von drei Volksversammlungen, welche heute Abend stattfinden. Wir wollen nicht unterlassen, die Frauen nochmals ganz besonders auf diese Versammlungen aufmerksam zu machen. Viele unter ihnen sind über die Ursachen sowohl als über die Bedeutung dieses Kampfes noch wenig unterrichtet. Es ist daher Pflicht der Genossen, ihre Frauen dahin zu senden, denn es kommt nicht zum wenigsten auf die Unterstützung der Frauen an.

Falkstaff-Richter läßt nicht von seinen Steifleinonen. Auf die Autorität der „Berliner Presse“ erzählt er heute eine Jagdgeschichte, deren Pointe darin liegt, daß unsere Genossen selbst der Bierkontrolle müde geworden seien, über Vergewaltigung geklagt, und ganz regulär gegen den Bierboycott als etwas Zukunfts-Zwangstaatsliches protestirt und rebellirt hätten. Natürlich gehören diese Steifleinonen zu derselben Kompagnie wie die „zahlreichen“ Boykottbrecher der „Schwach besuchten“ Elysium-Versammlung.

Beiläufig hat Herr Eugen Richter seine „Bierschnüffler“ zu „Bierspitzeln“ avanciren lassen. Der getreue Gehard des Herrn Köfide scheint gar nicht zu ahnen, welches Vergnügen er uns bereitet. Zeigt doch sein wachsender Ingrimm, wie unbequem den Herren Bieringlern und ihren spitzbübschen Helfersbessern die scharfe Kontrolle ist, die wir ausüben. Das Geschimpfe auf

die „Bierschnüffler“ und „Bierspitzeln“ ist das höchste Lob für unsere Genossen, die sich im Interesse der guten Sache, der undankbaren aber notwendigen Aufgabe gewidmet haben, für die hermetische Welt der Bierboycottisten zu sorgen.

Zum Boycott. Wir erhalten folgende Zuschrift: Berlin, den 28. Juli 1894.

Vorstand des Deutschen Gastwirths-Verbandes.

An die Redaktion des „Vorwärts“, Berlin.

In einer der letzten Nummern Ihrer Zeitung beschäftigen Sie sich mit meiner Person und heben meine Thätigkeit bei der Saalsperre hervor, auch beliebt es Ihnen, noch eines Umstandes Erwähnung zu thun, der für den erfindungsreichen Reporter recht gut ausfallen würde, wenn er wahr wäre.

Der glückliche Späher sucht bei mir Aktien der Vereins-Brauerei, und hebt wohl darum meine Thätigkeit hervor.

Ich verpflichte mich also, die Aktien der betr. Brauerei, welche ich besitze oder je besessen habe, dem Entensfabrikanten als Eigentum zu überlassen. Was nun meine Thätigkeit in dem Komitee der Gastwirthe anbelangt, so bedauere ich, mich an der lokalen Frage nur schwach betheiligen zu können, da meine Stellung mir dies etwas erschwert; gebe aber zu, daß ich in jeder andern Lage sehr thätig gewesen sein würde; da das Vorgehen gegen die Gastwirthe, meinen Kollegen, seitens der Sozialdemokratie ein unerhört herausforderndes genannt werden muß.

Es ist den Agitatoren Ihrer Partei doch nicht unbekannt, daß ein großer Theil der Gastwirthe von den Brauereien abhängig ist, und daß dieselben in finanzieller Lage nicht allzu günstig dastehen, der Boycott also gegen eine Menschenklasse, die ohnehin durch Maßregelungen kein allzu leichtes Dasein fristen, war grausam. Die Gastwirthe haben nothgedrungen den Kampf aufnehmen müssen, und wären sicherlich niemals in die Lage gekommen, ihre vorgeschriebene neutrale Stellung zu ändern, wenn sie nicht in der schamlosesten Weise behandelt worden wären, und zwar von jener Partei, die die freien Menschenrechte als unantastbar hinstellt. In diesem Kampfe, den ich bitter beklage, haben Sie von den Fehlern, die die Brauereibesitzer gemacht, indem sie einem Umsturzstreifen der Boycott-Seuche bezogen wollten, den Gastwirthen aber können Sie nichts nachweisen, und wenn dieselben sich ihrer Haut wehrten, so ist es ja ganz natürlich. (Dieser Satz bleibt unverständlich. Red. d. Vorw.)

Ich habe immer geglaubt, daß andere Sachen weit gewichtiger Art in den Vordergrund hätten treten müssen, und daß gerade Ihre Partei sich mit wichtigeren Fragen beschäftigen sollte, als solchen Firtlesanz zu treiben.

Die Frage oder die Forderung, den 1. Mai als Universal-Feiertag zu bestimmen, ist leicht gelöst, nur dürfen Sie dann den Allerwelts-Feiertag nicht für besondere Klassen beanspruchen. Ruhe an dem Arbeiter-Freudentage für Alle, so müßte die Parole lauten, dann läge wenigstens Vernunft und Idee darin. Sie wollen also dem glücklichen Späher nur den Auftrag geben, die von ihm zirkulirten Aktien, deren Cours trotz Boycott ganz leidlich ist, in Empfang zu nehmen.

Mit Gruß

Theodor Müller, Hegelplatz 1.

Unter dieser „einer der letzten Nummern“ ist die Nummer vom Dienstag, den 24. Juli, gemeint, wo wir unter der Spitzmarke: „Die Saalverweigerer sonst und jetzt“ dem Herrn Müller die Ehre gaben, ihn als Führer der Saalverweigerer mit aufzuführen. Dagegen hat er denn auch nichts einzuwenden, sondern bedauert nur, nicht genügend mithelfen zu können. Ob Herr Müller Aktien von der Vereinsbrauerei hat oder von irgend einer anderen, oder ob er sein „sauer verdientes“ Geld in egyptischen Staatspapieren angelegt, ist lediglich seine Sache und ist für uns ziemlich nebensächlich. Den Boycott gegen eine Menschenklasse (die Gastwirthe), die ohnehin durch Maßregelungen kein allzu leichtes Dasein führen, nennt Herr Müller „grausam“. Welche Bezeichnung mag Herr Müller der Maßregelung von einigen Hunderten ganz unschuldiger Brauerei-Arbeiter geben? Oder läßt ihn sein Unternehmertum die brutale Doppeldeutigkeit der Brauereiproben guthießen? Und wer zwang denn die Saalhaber aus ihrer Neutralität herauszutreten? Aber sie wollten ja „Herr im eigenen Hause“ werden. Ganz recht, und die Berliner Arbeiterschaft thut ihnen den Gefallen, sie läßt die Herren ganz allein in ihrem Hause. Die „schamlose“ Behandlung der Gastwirthe seitens der Arbeiter bestand darin, daß sie das Verlangen stellten, bei Versammlungen und Festlichkeiten

Biere aus boykottfreien Brauereien auszuschänken. Wie entgegenkommend die Arbeiterschaft hierin ist, zeigt sich in den Fällen Elysium-Sansoni. Wie durch das Vorgehen der Berliner Arbeiterschaft, die durch die brutalen Gewaltmaßregeln der Brauereiproben zum Handeln gezwungen waren, die „freien Menschenrechte“ verletzt worden sind, vermögen wir nicht einzusehen. Herr Müller sieht eben durch die Unternehmerrücke. Nach diesen ersten, weitausgeholtten Sägen folgt dann ein Wischen, wenigstens soll es eins sein, in dem es heißt, daß die Partei „Firtlesanz“ treibe.

Im Schlußsatz löst nun Herr Müller in der einfachsten Weise von der Welt die Frage des Weltfeiertags. Wir begreifen den Schmerz des Herrn Müller. Mit blutendem Herzen muß er jeden ersten Mai, wie alle anderen ersten arbeiten, nämlich mit der Kouponschere, während die Arbeiter feiern. Wir werden den Rath des „akademischen Herrn Müller“ beherzigen, und in Zukunft fordern, daß am 1. Mai auch die Kouponschere ruht, und die Hausbesitzer keine Miethsteigerung vornehmen dürfen. Aus einem Rath möchten wir Herrn Müller, der sich so sehr für den Bierboycott interessiert, geben, daß er, wenigstens während der Dauer desselben, den „Vorwärts“ abonniert, um sich über Alles schnell und sicher zu unterrichten, damit er nicht erst wieder 8 Tage später sein Berichtigungsschreiben uns zusendet.

Das richtige Symbol. Am 26. Juli war's, da unternahm die Vereinsbrüder der „Berliner Bierverleger“ von der Krausenstraße aus eine Landpartie und zwar nach der Fischerhütte. 20 Krenker, voriges Jahr sollen es 25 gewesen sein, nahmen die Theilnehmenden auf; voran fuhr die obligate Kapelle. Die Krenker waren mit Fahnen und Girlanden geschmückt; unter jedem derselben hingen Büchsen mit boykottirtem oder auch boykottfreiem Bier (Luckenwalder Exportbier). Zum größten Theil, namentlich gilt dies vom Vorstand, schienen die Theilnehmer Boykottgegner zu sein; den Schluß des Zuges bildete ein Lastwagen der Moabitier Brauerei, beladen mit großen Fässern. Jedemfalls hat die Brauerei es vorgezogen, anstatt ihr Bier bei der großen Hitze verkaufen zu lassen, es lieber ihren treuen Anhängern zu schenken. Am Hinterstuhle dieses Bierwagens stand ein kleiner Käfig, der durch ein mit dem Boden parallel laufendes Brett in zwei Theile zerlegt war. Im oberen Theil desselben befanden sich schneeweiße Gänse, im unteren ein weißgewaschenes Ferkel (das Sinnbild des sinkenden Glücks). Ihr Glück haben sie allerdings verschert, und so entsprechen auch die weißgefederten Thierchen der Weisheit der Herren Vorstände, die es für gut fanden, sich Herrn Köfide anzuschließen, wofür sie dieser gelegentlich austreten wird. Dieselben, die seit Jahren einen erbitterten Kampf führen gegen die Brauereien wegen Abschaffung des Flaschenbierhandels und Einführung gleichartiger Gefäße, sie bilden sich jetzt etwas darauf ein, mit zu den Vätern des Ringes zu gehören.

Der Bierboycott in Berlin, so schreibt „Der Reichsbote“, kommt manchen auswärtigen Brauereien sehr gelegen. So hat eine Berliner Bier-Großhandlung mit der Jagdschlöfchen-Brauerei zu Eberswalde einen Vertrag geschlossen, wonach diese tagtäglich 30 Tonnen Bier zu liefern hat. Das Abkommen gilt für ein ganzes Jahr. — Ist das etwa keine Wirkung des Boykotts?

Unter den Verhlofsaden des Herrn Köfide ist der bekannte staatsweise Berliner Korrespondent der „Frankfurter Ztg.“ einer der eifrigsten. Dieser Herr, der das Gras wachsen sieht und die Fische husten hört, ist ärgerlich darüber, daß wir auf die Hoffnung der Ringbierler, wenn es ihnen beliebt, Frieden mit uns zu schließen, würden wir den Brauereien, die uns in diesem Kampfe beistehen, knall und fall den Stuhl vor die Thür setzen — etliche Tröpfchen kalten Wassers tränksten. Aber besagter Herr hatte ja selbst dieser Hoffnung Ausdruck gegeben — in der löblichen Absicht, die dem Ring nicht angehörigen Brauereiköpfe zu machen. Wir merkten die Absicht, und wurden nicht verstimmt, sondern brachten die hübsche Seifenblase zum Platzen.

Gegen den Bierboycott möchten die bedrängten Brauereibesitzer und Saalverweigerer, trotzdem derselbe nach ihrer Behauptung nicht wirkt und trotzdem sie selbst auf dem Gebiete der Verurtheilung wahre Virtuosen sind, den § 153 der Gewerbeordnung angewendet sehen.

Demgegenüber führt die Münchener „Allgemeine Zeitung“ treffend aus, daß § 153 der Gewerbeordnung unzulässig auf die Verurtheilungen anwendbar sei, und erklärt dann weiter: „Sollte, was uns vorerst unmöglich erscheinen will, ein deutscher Gerichtshof anderer Meinung sein, so wäre dies ein neuer Beweis dafür, daß die Rechtsprechung auf dem besten Wege ist, die Grenz-

Einer jener Bau-Unternehmer, welche sich an den Krankentassen-Beiträgen bereichern, welche sie laut Gesetz ihren Arbeitern vom Lohn abziehen, stand heute in der Person des Zimmermeisters Adolph August Ferdinand Westphal aus Charlottenburg wegen Vergehens gegen das Krankentassen-Gesetz vom 15. Juni 1883 und die Novelle dazu vom 10. April 1892 vor der ersten Section-Strassammer am Landgericht II. Der Angeklagte hat in der Zeit vom 31. Juli bis zum 14. October bezw. bis zum Dezember seinen zahlreichen Arbeitern zwar regelmäßig die Krankentassen-Beiträge vom Lohne abgezogen, dieselben aber nicht zur Kasse abgeführt. Da er dasselbe Manöver schon früher gemacht hat und die Zwangsvollstreckung in der Sache fruchtlos ausgefallen ist, wurde diesmal seitens der Krankentasse Anzeige erstattet. Als die erste verantwortliche Vernehmung vor der Polizei bereits stattgefunden hatte, bezahlte Westphal zwar die Beiträge, konnte damit aber die Anklage nicht mehr abwenden. Unter Zuhilfenahme mildernder Umstände wurde er zu 50 M. Geldstrafe oder 10 Tagen Gefängniß verurtheilt.

Vor dem Untersuchungsrichter am Landgericht II wurden heute die Zeugen von drei Kapitalverbrechen vernommen. Zunächst wurden die Maurer Frieße und Papryh noch einmal in der Schweidelschen Nordstraße stundenlanges Verhör unterzogen und wiederholt mit dem des Nordes beschuldigten Maurer Thiede konfrontirt, der heute, statt der Anklagekleidung seine eigene Garderobe trug, dieselbe, in welcher er den Mord begangen haben soll. Mit dem oft erwähnten schwarzbraunen Schlafhute in der Hand suchte er vergnügt blinzelnd in der Luft herum, als er aber den Maurer Papryh auf der Bank sitzen sah, verzog er sein Gesicht und warf denselben einen bitterbösen Blick zu. Assessor Wenzig, welcher den beurlaubten Untersuchungsrichter Friedberg vertritt, ging mit Frieße noch einmal jeden Schritt durch, den derselbe am Tage des Schweidelschen Nordes mit Thiede gemacht, von der ersten Begegnung am frühen Morgen bis zur Trennung am Nachmittag, wobei auf die Feststellung der Entfernungen und die zeitliche Aufeinanderfolge der einzelnen Momente besonderes Gewicht gelegt wurde. Dasselbe geschah bei Papryh. Wie schon früher, so bestritt Thiede auch heute nebensächliche Momente, auf die es gar nicht vorkommt, so z. B. bezeichnete er die Behauptung des Frieße als unwahr, daß Frieße auf Ersuchen Thiedes mehrere Male einen Groschen zu Schnaps gegeben habe, den beide zusammen ausgetrunken hätten. Er will an dem Tage des Nordes überhaupt keinen Schnaps getrunken haben. Die gestrige Mittheilung der sh-Korrespondenz, daß Thiede einem anderen Gefangenen gegenüber den Mord an der Schweidelschen Nordstraße nicht korrekt, Thiede hat diese That nicht direkt zugestanden, sondern zu mehreren Mitgefangenen nur Andeutungen gemacht, welche indirect darauf schließen lassen, daß Thiede den Mord begangen hat. Indessen liegt die Sache schon weit zurück und ist für den Untersuchungsrichter längst erledigt. Schon am 12. Juni wurden (wie wir am 13. Juni berichteten) drei Gefangene aus Pflöschsee vorgeführt, um vom Untersuchungsrichter bezüglich ihrer Begegnung mit Thiede im Untersuchungsgefängniß und den Inhalt ihres Gesprächs mit demselben bezw. über den Wortlaut der betreffenden Äußerung vernommen zu werden. Es soll aber dem Vernehmen nach auch nicht viel dabei herausgekommen sein. Uebrigens sollen die heutigen Vernehmungen die letzten vor dem Untersuchungsrichter sein, da die Untersuchung unmittelbar vor dem Abschluß steht. Erst dann wird seitens der Staatsanwaltschaft bezw. der Beschlußkammer entschieden werden, ob die Anklage wegen Nordes erhoben oder ob dieselbe auf die beiden nachgewiesenen Nothzuchtsfälle beschränkt wird. Im Zimmer des Untersuchungsrichters machte Thiede die Begegnung des Schlossers Friede und am 17. des Monats auf einem Feldwege zwischen Friedenau und Wilmerdorf das in Begleitung zweier Kinder befindliche Dienstmädchen Elisabeth Röll zu vergeblichen Suchte. Die Röll und zwei Frauen, welche auf das Hilfsgeheul der ersten herbeigeeilt waren, wurden als Zeugen vernommen und Aussage wurde vorgelesen, um mit den Zeugen konfrontirt zu werden. Schon auf dem Korridor, als der Verbrecher vorgeführt wurde, lönte es wie aus einem Munde: „Das ist er!“ Endlich waren auch Zeugen in der Lange'schen Nordstraße zur Vernehmung geladen. Der des Nordes an der Handelsfrau Bertha Lange in Schöneberg bezichtigte Schlossergehülfe Rudolph Meyle wurde am Montag vom Untersuchungsrichter zum ersten Male vernommen und mit acht Zeugen konfrontirt. Heute wurden die Zeugenvernehmungen in dieser Sache fortgesetzt.

Der verflozene Streit der Ruhheim'schen Arbeiter zeigte am Montag, 30. Juli, in einer Gerichtsverhandlung vor dem Schöffengericht zu Köpenick ein Nachspiel. Angeklagt war der Buchbinder Paul Jahn aus Berlin wegen „öffentlicher Beleidigung“ des Gendarm Steinbacher aus Niederschönweide. Am 12. Mai d. J. fand anlässlich des Streiks der Ruhheim'schen Arbeiter eine öffentliche Volksversammlung in der Borussia-Bräuerei in Niederschönweide statt, in welcher Jahn, der bis dahin in allen Streikversammlungen gesprochen, referirte. Kurz vor der Versammlung trat der Arbeiter K. aus Jahn heran und theilte ihm mit, daß sich einer der Gendarmen in gehässiger und verleumderischer Weise dahin geäußert habe, daß er (Jahn) es sei, der die Ruhheim'schen Arbeiter aufgebracht habe und zwar lediglich deshalb, weil er für jede Rede 6 M. erhalte, während er bei der Arbeit nur 2 M. verdienen würde u. s. w.; wenn er nicht gerade Gendarm wäre, könnte er das Reden viel besser und billiger machen als Jahn.

Diese Äußerungen veranlaßten Jahn während seiner Rede, dem betreffenden Gendarm eine gehörige Abfertigung zutheilen zu lassen.

Der Anklage gemäß sollte Jahn mit einer entsprechenden Handbewegung und Kopfbewegung nach dem Gendarm gefügt haben: „Man brauche nur hinzusehen, dann wisse man schon, wer damit gemeint sei“, „der superkluge Gendarm, der überhaupt nie arbeiten gelernt habe, solle lieber sein loses Maul zügeln und sich um sein Amt bekümmern!“ Durch diese vermeintliche Äußerung fühlte sich nun der Gendarm Steinbacher in seiner Ehre gekränkt und erstattete Anzeige, der er eine weitere Denunziation wegen angeblicher Majestätsbeleidigung seitens Jahns in derselben Rede hinzufügte, die aber nach der ersten Vernehmung fallen gelassen wurde.

In der Verhandlung berief sich Jahn auf § 193 des Str.-G.-B. (Wahrnehmung berechtigter Interessen) und beantragte, gestützt auf das Zeugniß des Arbeiters K. Widerklage gegen den Gendarm Steinbacher, der ihn zu seiner Äußerung gereizt habe. Der Vorsitzende des Schöffengerichts hielt es vor Eintritt in die Verhandlung für nöthig, Jahn darauf aufmerksam zu machen, daß er sich „jeder Rede wie in einer Volksversammlung enthalten möge“, da er ihm sonst das Wort entziehen müßte; „den Gerichtssaal zu einer Volksversammlung herabzuwürdigen, sei strafbar“. Dieser Einleitung sagte er die Frage an Jahn hinzu: „ob er zugabe, Sozialdemokrat zu sein?“ Jahn bemerkte dem gegenüber, daß er nicht nöthig habe, auf diese Frage, die nicht in den Gerichtssaal gehöre, zu antworten, da sie mit der Anklage ebenso wenig zu thun habe, als die anderen Bemerkungen des Vorsitzenden, worauf dieser sich begnigte zuzugeben, daß er zu dieser Frage nicht berechtigt sei.

Der als Zeuge vernommene Gendarm Steinbacher mußte während seiner Vernehmung zugeben, die berechneten Äußerungen gegen Jahn gethan zu haben. Es seien fortwährend Frauen der Streikenden zu ihm gekommen ihn zu ersuchen, die Streikenden zur Arbeit zu schicken; Jahn sei schuld an allem, weil er in der

Eine Familienkatastrophe, die an den Fall Steger in der Großen Hamburgerstraße erinnert, hat sich in dem Hause Swinemünderstraße 80 zugetragen. Dort wohnt im zweiten Stock die Familie des 85 Jahre alten Schlossers Max Patschowsky, die außer der gleichaltrigen Ehefrau, geborenen Pauline Fleck, aus dem 10jährigen Knaben Karl und dem 7jährigen Albert besteht. Alle vier Personen wurden am Dienstag Vormittag um 11 Uhr in der Wohnung erhängt als Leichen aufgefunden. Am Sonnabend wurde Patschowsky zum letzten Male lebend im Hause gesehen. Sonntag früh kam die in der Höchststraße wohnende Mutter der Frau Patschowsky in das Haus Swinemünderstraße 80, um ihre Tochter zu besuchen, erhielt aber keinen Einlaß. Vom Hofe aus sah sie nun an dem Küchenfenster ein schwarzes Tuch flattern und wurde dadurch derart beunruhigt, daß sie sich zu dem Verwalter des Hauses, dem Schuhmann Rumpfsch, begab, um sich nach den Angehörigen zu erkundigen. R. wußte von nichts, glaubte vielmehr, daß die Familie P. ausgegangen sei. Dienstag früh erklärten der Stiefvater der Frau wieder bei dem Schuhmann und sprach die Vermuthung aus, daß ein Unglück vorliege, beantragte auch die polizeiliche Oeffnung der Wohnung. Die aus Stube und Küche bestehenden Räumlichkeiten wurden jetzt gewaltsam geöffnet. In der Stube an einem Kleiderregal, zwischen Ofen und Thür, hingen alle vier Insassen der Wohnung an Stricken und waren bereits in Verwesung übergegangen. Auf dem Tische lagen verschlossene Briefe, einer an einen Kollegen Patschowsky's, der in den Elektrizitätswerken beschäftigt ist, außerdem ein Zettel an Frau Rumpfsch mit 42 M., der die Worte enthielt: „Abei 42 M. Miete für die Monate August und September 94. Betrag liegt diesem Zettel bei. Hochachtungsvoll Max Patschowsky.“ Es unterliegt keinem Zweifel, daß das Ehepaar im gemeinsamen Einverständnis erst die Kinder und dann sich selbst erhängt hat. Unheilbare Krankheit soll die Veranlassung dazu gegeben haben. Die Leichen wurden um 2 Uhr Nachmittags nach dem Schauhaus abgeholt. Die verschlossenen Briefe, die vielleicht einen näheren Anhalt bieten, sind von der Polizei in Verwahrung genommen worden.

Weiter wird uns noch berichtet, daß die Familie Patschowsky seit April d. J. die Wohnung innehatte und die Miete pünktlich bezahlte. Zum Oktober hatte P. gekündigt, da ihm der Weg nach den Elektrizitätswerken in der Adersstraße zu weit war. P. litt nicht bloß an der Schwindsucht, sondern auch an der Wasserfucht, sodas er sein baldiges Ende voraussah. Er hat also zweifellos die That mit der Ehefrau zusammen begangen, um die Familie nicht mittellos zurückzulassen. Vor Ausführung der That hat sich die Familie noch besonders gütlich gethan; davon zeugen mehrere leere Weinflaschen, die auf dem Tische standen. Um nicht gehört zu werden, hatte man die Korridorthüre verschlossen, den Schlüssel hecken lassen und außerdem die Sicherheitskette vorgelegt. Vielleicht hat man außer der neuen starken Schnur Gift gebraucht, denn ein mit einer trüben Flüssigkeit halbgefülltes Glas wurde auf dem Tische gefunden und von der Polizei beschlagnahmt. Au dem Niegel hing zunächst der Thüre der jüngere, dann der ältere Sohn; ihm folgte der Vater und am Oefenende hing die Mutter. Die Leiche des Mannes befand sich bereits derart in der Auflösung, daß die abtropfende Flüssigkeit durch die Decke in die untere Wohnung drang. Es muß daher Wunder nehmen, daß man den Vorfall nicht früher an dem durchdringenden Geruch bemerkt hat, zumal da die Mutter der Frau P. schon Sonntag seinen Zugang laud. Daß in der Wohnung gefundene Geld ist infolge der Ausbuchtung beschlagen, ebenso ist ein Kessel, der im Zimmer stand, mit Grünspan überzogen. P. war ein guter und fleißiger Arbeiter und verdient trotz seiner Krankheit wöchentlich 24 M. Seit etwa 6 Wochen war er der Arbeitstätte ferngeblieben, um angeblich Aufnahme in einem Krankenhaus zu suchen. In dieser Zeit muß der grausige Plan nach und nach zur Reife gediehen sein.

Die tropische Hitze des Montags, eines der heißesten Tage dieses Sommers, hat ein Opfer gefordert. Am Vormittag um 8 1/2 Uhr fand der Pförtner des Hauses Treppenhofstr. 55 im Flur einen Mann auf einer der untersten Treppentritten sitzen, der auffallend abgepannt zu sein schien. Als der Pförtner ihn daraufhin anredete, erhielt er die Antwort: „Unsiinn, ich schlafe nicht ein!“ Kurze Zeit darauf fiel der Mann auch einem in dem Hause wohnenden Arzt auf, lehnte aber auch diesmal jede Hilfe ab. Gegen 11 Uhr sah eine Weide auf der Treppe, und dieselbe Arzt stellte nun als Todesursache Hitzschlag fest. In dem Todten ist später der 36 Jahre alte Schuhmacher Albert Strauch aus der Griebemowstr. 7 ermittelt worden.

Ein neuer Cholerafall soll sich in dem Hause Breklauerstraße 23 zugetragen haben, und zwar einen Arbeiter P. betreffen. Auf eine Nachfrage an zuständiger Stelle erfahren wir, daß der Sanitätskommission von einem Cholerafalle nichts bekannt ist. Es scheint eine Verwechselung mit der Frau Fürstenberg, geborenen Bieler aus demselben Hause vorzuliegen, die plötzlich gestorben ist, ohne daß die Todesursache festzustellen gewesen ist. Daher ist eine gerichtsarztliche Leichenöffnung notwendig geworden.

Polizeibericht. Am 30. v. M. Vormittags wurden zwei Knaben, einer in der Kurfürststraße durch einen Geschößswagen und einer in der Wienerstraße durch eine Droschke, überfahren. In beiden Fällen sind die Kinder beim Spielen aus eigener Unvorsichtigkeit verunglückt. — Nachmittags wurde ein neunjähriger Knabe, der mit mehreren anderen Knaben auf einer Wertreppe am Waterloo-Ufer angelte, von einem derselben aus Unvorsichtigkeit ins Wasser gestoßen und ertrank. — Gegen Abend sprang ein Handwerker von der Bellealliancebrücke ins Wasser, wurde aber alsbald wieder herausgezogen. — Im Laufe des Tages andern vier unbedeutende Brände statt.

Witterungsübersicht vom 31. Juli 1894.

Stationen.	Barometerstand in mm. reduziert auf 0. Meereshöhe.	Windrichtung.	Windstärke (Scala 1-12)	Wetter.	Temperatur (nach Celsius) (90 C. = 40 R.).
Swinemünde . . .	757	WNW	3	halb bedeckt	20
Hamburg . . .	759	WNW	3	bedeckt	16
Berlin . . .	757	WSW	2	Regen	17
Biebraden . . .	761	Stil	—	halb bedeckt	15
München . . .	763	WS	3	halb bedeckt	14
Wien . . .	761	W	4	bedeckt	15
Saparanda . . .	759	W	6	heiter	11
Petersburg . . .	754	WNW	1	bedeckt	11
Coel . . .	761	S	4	Regen	16
Aberdeen . . .	762	W	1	bedeckt	13
Paris . . .	764	WNW	1	halb bedeckt	17

Witterung in Deutschland am 31. Juli, 8 Uhr Morgens. Bei Schwachen, an der Küste nördlichen, im Binnenlande südwestlichen Winden herrscht jetzt in ganz Deutschland trübe und im Nordwesten etwas nebelige Witterung. In Mitteleuropa sind Regenfälle statt. Die schon gestern im Süden eingetretene Abkühlung hat sich auf Norddeutschland, wo die gestrigen Nachmittagstemperaturen sich vielfach auf 28 Grad Celsius erhoben, heute ebenfalls ausgedehnt. Heute Morgen melden Chemnitz 13, Münster, Bamberg und München 14 Grad und nur an der Ostseeküste erreicht das Thermometer noch 20 Grad Celsius.

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 1. August 1894. Zunächst vielfach heiteres Wetter mit etwas höherer Tages-temperatur und schwachen südwestlichen Winden; nachher neue Trübung und Regen. Berliner Wetterbureau.

zwischen Gesetzgebung und Rechtsübung bis zur Unkenntlichkeit zu verwischen und mehr und mehr die an sich dem Gesetzgeber zukommende Aufgabe zu übernehmen. Die Ergänzung des Gesetzes ist nicht Aufgabe der Rechtsausübung, welche die Thätigkeit der Gerichte vor allem in Anspruch nimmt, auch dann nicht, wenn die Gesetzgebung hinter den Bedürfnissen der Zeit zurückbleibt und es unterläßt, ihre Vorschriften den veränderten Verhältnissen entsprechend umzuformen und anzupassen. Die deutsche Strafrechtspflege hat bereits bei der Auslegung des Unfugparagraphe mit Deutlichkeit erkennen lassen, daß sie die alle Rechtsregel *jura criminalia sunt strictissimae interpretationis* nicht mehr als gültig und bindend anerkennt, weder zum Vortheil für sie, noch zum Nutzen für Staat und Gesellschaft; denn die Kluft zwischen der Rechtspflege und der Rechtsüberzeugung wird durch solche Auslegungsgründe, welche die gesetzlichen Vorschriften auf Thatbestände und Vorkommnisse anwenden, an die der Gesetzgeber nicht gedacht hat, noch hat denken können, immer tiefer. Die Rechtsprechung ist nicht dazu da, dem Gesetzgeber die Arbeit zu ersparen, welcher er sich zu unterziehen sonst wohl oder übel genöthigt wird; die erweiternde Gesetzesauslegung hat, abgesehen von anderen Nachtheilen, auch das Nisliche, daß durch sie die Mangel- und Lückenhaftigkeit des bestehenden Rechtszustandes einigermaßen verborgen bleibt. Wegen den Boplotz den Unfugparagraphe anzuwenden, ist rechtlich ebenso unstatthaft, wie die Beurtheilung dieses Vorganges nach den Bestimmungen über Crepressung.\*

Der Staat in Gefahr. Wegen zweier rothen Fahnen ist am Sonntag Morgen um 7 1/2 Uhr eine Krenserfahrt an der Ecke der Gieschiner- und Brandenburgerstraße unterbrochen worden. Der Rauchklub „Tabakluft“ machte in 8 Krensern einen Ausflug von dem Wirthshaus Nachsahl in der Waldemarstraße aus nach einem Lokal in Wannsee. Die beiden ziemlich großen Fahnen flogen zu beiden Seiten an dem Musikwagen. Als der Zug an der genannten Ecke anlangte, fielen zwei Schuhmänner den Pferden in die Füge und ordneten die Entfernung der rothen Abzeichen an. — Glückliches Berlin! Nochmals bist Du durch das schnelle Eingreifen der Polizei der Gefahr entronnen. In Ruhe können nun die Philister wieder sich der Vertilgung von Ringbier hingeben.

Zeugen gesucht! Diejenigen Radfahrer vom „Klub Uckermark“, welche Zeuge waren, wie ein Wirth in Schildhorn am Sonntag, den 29. Juli, einige Gäste mit Gummischläuchen mißhandelte, werden gebeten, ihre werthe Adresse an August Blume, Reimendorferstr. 65, v. 4 Tr., gelangen zu lassen.

Der bunte Kock muß vor dem „Hoißpac“ unbedingt etwas voraus haben. Gewöhnliche Menschen werden, wenn sie des Nachts auf der Straße zu singen wagen, eingelocht und erhalten ein Strafmandat wegen „rubelstendenden Lärms“. Anders die Soldaten. Die Montagsnacht gegen 12 Uhr passirte eine größere Abtheilung Soldaten die Hermannstraße in Rixdorf in der Richtung nach Berlin. Ob die Herren Offiziere, die entweder den Befehl besahen oder aber doch stillschweigend gebuhlet haben, wohl der Ansicht waren, die Hildorfer Arbeiter brauchen keine Nachtruhe?

Die Verdrigung des Brauerei-Arbeiters Dworkowsky von der Brauerei Gregorz gestaltete sich zu einer kleinen Demonstration zu gunsten der ausgesperrten Brauerei-Arbeiter. An dem Leichenbegängniß, welches am 30. Juli Nachmittags 4 Uhr stattfand, nahm das gesammte Personal der Brauerei Gregorz theil. Kurz vor Abgang des Trauerzuges erschien eine Deputation der von dieser Brauerei ausgesperrten Arbeiter, welche einen Kranz mit großer rother Schleife gespendet hatten, auf dem die Widmung stand: „Unserem lieben Kollegen und Genossen Dworkowsky — Gewidmet von den ausgesperrten Arbeitern der Brauerei Karl Gregorz“. Der Umstand, daß nur dieser eine Kranz hinter dem Sarge getragen wurde, trug ganz besonders noch dazu bei, daß ihm die Aufmerksamkeit Aller zugewandt wurde, nicht zum wenigsten von dem erschienenen Personal der Brauerei Gregorz.

Der Wissensdrang der Arbeiter, so errenten er ist, so bewegt er sich doch häufig nach einer falschen Richtung. In Bezug auf das Erlernen der Stenographie, das jetzt auf der Tagesordnung steht, geht uns von kompetenter Seite folgendes Schreiben zu: In Nr. 170 des „Vornwärts“ ersucht der Vorstand der Arbeiter-Stenographenvereine Deutschlands (System Neustolze) die Arbeiter und Parteigenossen, namentlich der größeren Städte, überall Stenographen-Vereine zu gründen. Bei dem in Arbeiterkreisen herrschenden Bildungsdrang erscheint es nicht verwunderlich, wenn man die Stenographie mit ihren geheimnißvollen Schriftzügen als eine Kunst betrachtet, deren Ausübung bildend und belehrend wirken müsse. Aus diesem Grunde mag wohl im ersten Jahre des Bestehens der Arbeiter-Bildungsschule auch dort der Unterricht in der Stenographie eingeführt worden sein, der jedoch bald wieder aus dem Lehrplan beseitigt wurde. Später wurde eine fast nur von Arbeitern benutzte „Stenographieschule“ errichtet, über deren Wirken wir nicht unterrichtet sind. Es ist daher angebracht, auf eine Gefahr hinzuweisen, die den Arbeitern durch die Pflege eines für sie ganz werthlosen Sports entsteht, und deren Größe im allgemeinen noch sehr unterschätzt wird. Der Darg der Arbeiter, ihr Wissen immer mehr zu vergrößern, erfordert es, daß dieselben sich in Anbetracht der langen Arbeitszeit und der nur kurzen Zeit, welche ihnen hierzu zur Verfügung steht, sich nur dem Studium solcher Dinge hingeben, welche auch wirklich eine Vermehrung ihres Wissens herbeiführen. Das ist aber keineswegs die Stenographie. Zu einer Fertigkeit, 150 Silben in der Minute zu schreiben, bedarf es in jedem System fast eines Zeitraumes von einem Jahre. Diese Leistung ist aber kaum ausreichend im geschäftlichen Verkehr. Das Nachschreiben einer Rede erfordert aber eine Leistungsfähigkeit von mindestens dreihundert Silben. Zu einer solchen Höhe bringen es aber kaum 8 pCt. aller Lernenden, zum geschäftsmäßigen Gebrauch — 150 Silben in der Minute — kaum 10 pCt. Also 90 pCt. aller Lernenden haben große Opfer an Geld und noch größere Opfer an Zeit gebracht. Die vielen Vortheile, welche die Kenntniß der Stenographie den Arbeitern bringen soll, sind nicht vorhanden und existiren nur in den Köpfen der Propagandisten der einzelnen, sich heftig bekämpfenden Systeme, und in diesen Kampf wird jeder Anhänger seines Systems mit hineingerissen. Für diejenigen aber, welche trotzdem Lust und Liebe zur Stenographie zeigen, sei das Folgende gesagt: Bei der außerordentlichen Feinheit der stenographischen Zeichen erfordert es neben der Kenntniß der Sprache, orthographischen und grammatischen Nichtigschreibens, vor allen Dingen eine vollständig ausgeübte und sichere Hand. Schwere Arbeit macht den Gebrauch der Stenographie unmöglich. Auch Kaufleute und Schreiber mit schlechter und unsicherer Hand sind nicht einmal im Stande, es nur zu einer mittelmäßigen Leistungsfähigkeit zu bringen. Müde daher jeder Arbeiter, ehe er sich zur Erlernung der Stenographie entschließt, das Vorhergesagte wohl überlegen und für eine Sache keine Opfer bringen, die er im Interesse seines Wissens für andere der allgemeinen Bildung wirklich dienenden Lehrgegenstände besser und vortheilhafter verwenden kann.

Jum Rector magnificus ist gestern 7 Uhr Abends für das neue Verwaltungsjahr der hiesigen Universität ein Theologe gewählt, Professor Dr. Otto Pfeleiderer, Professor für testamentliche Exegese. Dekan der theologischen Fakultät ist der Kirchenhistoriker Professor Dr. Adolf Harnack geworden. Dekan der juristischen Fakultät: der Vertreter des Kirchenrechts Geheimer Justizrath Professor Dr. Paul H. i. n. s. Dekan der Mediciner: Professor Dr. Hertwig, Direktor des zweiten anatomischen Instituts. Dekan der philosophischen Fakultät wurde der Geograph Geheimer Regierungsrath Professor Dr. Febr. v. N. i. c. h. t. o. s. e. n. Die Uebergabe des Rektorats erfolgt bei dem Festakte der Gründungsfeier, am 3. August, Mittags 12 Uhr, in der Aula,



**Achtung! Drei große Achtung!**  
**Volks-Versammlungen**  
 am Mittwoch, den 1. August, Abends 8 Uhr,  
 in folgenden Lokalen:  
**Mähring, Admiralstr. 18c, Poppe, Lindenstr. 106,**  
**Kartz, Schönleinstr. 6.**  
 Tagesordnung in allen Versammlungen:  
 1. Die Frauen und der Bier-Boycott.  
 2. Diskussion.  
 Referenten:  
 Genossen **Georg Wagner, Dastig, G. Timm** und Frau **Greifenberg.**  
 Um zahlreichen und pünktlichen Besuch, besonders der Frauen, ersucht  
 Die Frauen-Agitationskommission.  
 NB. Die gestern angekündigte Versammlung in den Oranienhallen  
 muß ausfallen, da das Lokal den polizeilichen Vorschriften nicht genügt.

**Schöneberg.**  
 Donnerstag, den 2. August, Abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn  
**Kessner, Grunewaldstraße Nr. 110:**  
**Große öffentliche Volksversammlung**  
 für Männer und Frauen.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Der Bierboycott. Referent: Genosse **Antrick.** 2. Diskussion.  
 Zur Deckung der Unkosten wird ein Entree von 10 Pf. erhoben.  
 Die Vertrauensperson.  
 253/13

**Öffentliche**  
**Versammlung der Bureau-Angestellten**  
 und verw. Berufsgenossen  
 am Donnerstag, den 2. August er., Abends 8 1/2 Uhr,  
 bei **Kelle, Schönhauser Allee 28.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Genossen **Kaether.** 2. Diskussion. 3. Wahl eines Ver-  
 trauensmanns. 4. Verschiedenes.  
 Der Einberufer: **Robert Kunkel.**  
 253/1

**Arbeiter-Bildungs-Schule.**  
 Lehrplan für das Sommerhalbjahr  
 1894.

	Nord-Schule.	Südost-Schule.
Montag	Nationalökonomie.	Nationalökonomie.
Dienstag	Volksthümliche Medizin.	Volksthümliche Medizin.
Mittwoch	Gesetzstunde (spez. Ar- beiterrecht).	Gesetzstunde (spez. Ar- beiterrecht).
Donnerstag	Geschichte (neuere).	Geschichte (ältere).
Freitag	Deutsch (Vogit u. Kethorik).	Deutsch (Vogit u. Kethorik).
Sonn- u. 4. im Monat	Naturerkenntnis.	Naturerkenntnis.
abend 1. u. 3. im Monat	Diskussions-Übungen.	Diskussions-Übungen.

Der Unterricht wird des Abends von 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr erteilt.  
 In größeren Lokalitäten werden in bestimmten Zwischenräumen  
**große Versammlungen** abgehalten, in welchen wissenschaftliche  
 Thematika in volkverständlicher Weise behandelt werden.  
 Die Teilnahme an dem Unterricht steht Jedem, auch Nichtmitgliedern  
 an einem Abend im Semester unentgeltlich frei.  
 Für sämtliche Lehrfächer werden zu jeder Zeit neue Teilnehmer,  
 (Damen und Herren) aufgenommen.  
 Der Mitgliedsbeitrag beträgt 25 Pf. monatlich. Das Unterrichtsgeld  
 beträgt monatlich für jedes Unterrichtsfach 25 Pf.; für den Sonnabends-  
 Unterricht wird kein Entgelt erhoben. Die Zahlung der Beiträge und Auf-  
 nahme neuer Mitglieder erfolgt an endstehenden Zahlstellen, deren je  
 eine auch in jeder Schule errichtet ist.  
 Die Zahlstellen sind folgende:

<b>S.</b> Schönhauser, Stallschreiberstr. 29.	<b>C.</b> Drescher, Linienstr. 50. Wernau, Rosenstr. 30.
<b>SO.</b> Südostschule, Waldemarstr. 14. Schulz, Admiralstr. 40 a.	<b>N.</b> Nordschule, Müllerstr. 179 a. Gnadt, Swinemünderstr. 120. Gleimert, Müllerstr. 174.
<b>SW.</b> Grube, Mariendorferstr. 10. Windhorst, Junkerstr. 1.	<b>NO.</b> Mamlock, Barnimstr. 42.
<b>O.</b> Tempel, Bahngestr. 65.	<b>NW.</b> Vogtherr, Stephanstr. 27 a.

Der Vorstand.

Die Bibliothek ist allabendlich geöffnet und steht jedem Mitgliede  
 zur unentgeltlichen Benutzung zur Verfügung.

**Metzner's Korbwaren-Fabrik,**  
 Berlin, 1. Gesch.: Androssstr. 23, D. pt., gegenüb. Androsspl.  
 2. Gesch.: Brunnenstr. 95, gegenüb. Humboldtthain.  
**Kinderwagen**, alleher gratis. Theilzahlung ge-  
 stattet. **500 Mark** zahle ich Jedem, der mir nachweist, daß  
 ich nicht das größte Kinderwagen-Lager Berlins habe.

**Künstl. Zähne**, vorzügl. u. Garantie, schmerzlos, Zahnschmerz beseitigt, schmerz-  
 loses Zahnziehen. Theilzahlung. Goldstols, Oranienstr. 123

**Rohtabak**  
 Größte Auswahl, Billige Preise  
**Emil Berstorff,**  
 182. Brunnenstr. 182.  
 Garantiert flotten u. sicheren Brand.

**Evora-Bräu**  
 in vorzügl. Qualität empfiehlt in Ge-  
 binden von 17 Litern an, auch in  
 Flaschen.  
**Otto Linke, Lagerhof 3.**  
 Telephon Amt III Nr. 404.  
 Unfallschaden, Klagen, Eingaben,  
 Putzger, Steglitzerstr. 65

**66. Resterhandlung.** 66.  
 Billig Reste zu Knaben-Anzügen von  
 1 M. Große Anzüge von 7 M. an  
 bis zum feinsten Kammgarn, auch voll-  
 zu Einsegnungs-Anzügen. Große Aus-  
 wahl in Paletotstoffen, sowie in Früh-  
 jahrs- und Sommermänteln, Jaquets,  
 Plüsch, Atlas, Seide, Sammt u. Spitzen.  
 Auf Wunsch Alles zugeschnitten, auch  
 angefertigt. Fertige Knaben-Anzüge  
**66. Karle, Waldemarstrasse 66.**

**Brot,** 2097b  
 6 1/2 Pfd. für 30 Pfennige  
 Bäckerei Sorauerstr. 8.

**Rohtabak.**  
 Größte Auswahl. Billigste Preise.  
 Formen, Bockfaçon,  
 wieder vorrätig.  
**Heinrich Franck,**  
 Brunnenstr. 185.

**Kranken-Unterstützungs-Bund**  
 der Schneider.  
**Berlin**  
 am Donnerstag, den 2. August,  
 Abends 8 1/2 Uhr,  
 bei **Freygang, Schützenstraße 18/19.**  
 Tages-Ordnung:  
 Berichterstattung der Delegierten  
 von der General-Versammlung in  
 Braunschweig. 221/2  
 Die Zahlstelle der Kranken-  
 kasse, sowie die des Verbandes, sind  
 jetzt jeden Montag Abend v. 8-10 Uhr  
 bei **Röllig, Neue Friedrichstr. 44.**

**Kelle's Vereinshaus**  
 (früher Kuhlmen)  
 28. Schönhauser Allee 28.  
 Prachtvoller schattiger Garten.  
**Tanzsaal, Kegelbahn.**  
 Vereinszimmer noch einige Tage frei.

**Schmiedels Festsäle**  
 Alte Jakobstr. 32.  
 Empfehle meine hocheleganten Säle  
 (elektr. Bel.) auch mit Bühne zur Abhalt.  
 von Vereins- u. Privatfestlichkeiten.  
 4905\* **Ww. G. Schmiedel.**

**B. Nieff's Festsäle,**  
 17. Weberstr. 17.  
 Empfiehlt sich zu Versammlungen und  
 Vergnügungen, sind noch Sonnab. frei.

**Achtung! Achtung!**  
**Köpenick!**  
 Den Mitgliedern des Arbeiter-  
 Gesang-Vereins „Morgen-  
 roth“ zur Nachricht, daß unsere  
 Übungsstunde wegen der Saalperre  
 nicht mehr im „Kaiserhof“ zu Köpenick,  
 sondern jeden Donnerstag Abend  
 8 Uhr in **Adlershof, Wöllstein's**  
**Lustgarten**, stattfindet.  
 Die Mitglieder (auch die passiven)  
 werden ersucht, recht zahlreich und  
 pünktlich zu erscheinen. 128/10  
**Der Vorstand.**

**In**  
**Rohtabaken**  
 und **Utensilien** für  
**Cigarren-Fabrikanten**  
**!! billigster**  
**Einkauf!!**  
**W. Hermann Müller**  
 Berlin  
 Neue Friedrich-Strasse 9.  
 Strong reelle Bedienung.  
**Creditgewährung**  
**nach Uebereinkunft!!**  
 Ein Jeder mache den Versuch.

**Nach beendeter Inventur**  
**Gardinen-Reste**  
 zu 1-4 Fenstern passend, spottbillig  
 in der Fabrik **Grüner Weg 80, part.**  
 Eingang vom Flur.

**Stempelfabrik**  
 von **R. Hecht**  
 BERLIN S.  
 Oranienstr. 55  
 liefert schnell  
 und billig  
 alle Arten  
 Stempel.  
 Billigste Bezugsquelle  
 für Wiederverkäufer.

**Kinder-  
Wagen,**  
 Krankenwagen  
 Korbwaren,  
 Holzwaren,  
 größtes Lager  
 Berlins.  
 Theilzahlung  
 gestattet.  
 Musterbücher gratis, empfiehlt  
**A. W. Schulz,**  
 Brunnenstr. 145 (Ecke Rheinbergerstr.),  
 Hauptgeschäft Brunnenstrasse 95,  
 vis-à-vis Humboldtthain.  
 Teleph.-N. 3. Nr. 1767.

**Neu Hüte mit Arbeiter-  
Kontroll-Markel**  
 führt Genosse  
**O. Gerholdt**  
 Dresdenerstr. 2  
 (am Kottbuser Platz).  
 Neuheiten in Sonn- u. Regenschirmen.  
 Größtes Lager.

**Roh-Tabak**  
**A. Goldschmidt, 4435L\***  
 am hiesigen Plage wie bekannt  
**grösste Auswahl!**  
 Garantie für sicheren Brand.  
 Strong reelle Bedienung, billigste  
 Preise! Sämtliche im Handel  
 befindl. Rohtabake sind am Lager.  
**A. Goldschmidt,**  
**Oranienburgerstr. 2.**

**Photographisches Atelier**  
**von Carl Gräfe**  
 Berlin S., Prinzenstr. 11  
 hält sich den Parteigenossen zur Auf-  
 nahme von Porträts u. Gruppenbildern  
 bestens empfohlen. Spezialität: Vereins-  
 und Fabrik-Gruppen. 2302\*

**Roh-Tabak**  
**Detail-Verkauf**  
**Rud. Völcker & Sohn,**  
 Köpnickstr. 45.

**Waldstr. 1. Waldstr. 1.**  
**Jungbier-Verkauf.**  
 Meinen geehrten Kunden zur gest.  
 Kenntnissnahme, daß ich in der Wald-  
 straße 1, Ecke der Thurmstraße, einen  
**Jungbier-Verkauf** errichtet habe, und  
 verkaufe dort täglich von Morgens  
 6 Uhr bis Nachmittags 2 Uhr  
 Weißbier (Kausstoff) } à Liter 10 Pf.  
 Malzbier }  
 Guten Raves als Nachguss umsonst.  
 Achtungsvoll 2094b  
**Conrad Bernh. O. Deter,**  
 Weißbier-Bräuererei,  
 Berlin NW., Beusselstr. 30.

**Für Vereine!**  
**Illuminations-Laternen**  
 empfiehlt als Spezialität in großer  
 Auswahl billigst 5342  
**Wihelm Wustrow,**  
 SW., Friedrichstraße Nr. 235.

**Vier Mark** kosten 2 Kabinett-  
 und 12 Bildchen  
 bei **Böhme, Lindenstr. 43,**  
 gegenüber der Zimmerstraße.

**Achtung! Kein Laden.**  
**Kontroll-Schuhmarke.**  
 Nur eigene Fabrikation, 25 Cigarren  
 1 Mark. Garantie rein amerikanische  
 Tabake. Rippentabak 2 Pfd. 60 Pfg.  
 711\*  
**G. F. Dinslage,**  
 Kottbuserstr. 4, Hof part.

**Teilzahlung.** Monatl. 10 M. Lieferung  
 Anzüge nach Maass.  
**Comporowsky, Schneidermeister,**  
 478L\* Berlin C, Jüdenstr. 37 L.

**E. Posten Hojen** an Arbeiter spottbillig  
 neue auch einzeln z. verkauf  
**Pfandleihe, Skaltzer-**  
**strasse Nr. 13.**  
 Vereins-Abzeichen zc.  
**H. Guttman,**  
 Brunnenstr. 9.

**Stempel**  
 Ein gangbares Materialgeschäft  
 mit Schnaps und Spirituosen,  
 Milch und Backwaare, Porzellan-  
 und Steinguthandlung, sowie Jung-  
 bier-Verkauf frankheits halber sogleich  
 oder zum ersten Oktober billig zu ver-  
 kaufen **Walfstr. 6.** 528L\*

**Weißbier!**  
 Für Fabriken und Werkstätten  
 sowie für Wiederverkäufer liefere  
 ich mein **Verband-Weißbier** in  
 unübertrefflicher Güte zum Preise von  
 3 M. für 40 halbe oder 45 1/2 oder  
 25 1/2 oder 20 ganze Flaschen, frei  
 in's Haus, in Flaschen mit Patent-  
 verschluss, ohne Handberechnung.  
 Fernsprecher Amt Schöneberg No. 92.

**A. Seidler,**  
 Schöneberg, 214L\*  
 Gedankstr. Nr. 73-75 und 82.  
 Berliner Weissbier-Bräuererei.

Eine alte deutsche Feuer-Vers.-Gesell-  
 schaft sucht für Berlin u. die Provinz  
 thätige **Haupt- u. Spezial-Agenten.**  
 Hohe fortlaufende Bezüge event. auch  
 festes Gehalt werden zugesichert.  
 Offerten unter **O. P. 2** nimmt die  
 Expedition entgegen. 219L\*

**J. Jablonsky, Haunstr. 37**  
 empfiehlt seinen kräftigen Mittags- u.  
 Abendbrot zu solid. Preisen. Ausschank  
 des **Münchener Bräuhauses**, sowie  
 von ff. Weißbier u. Gräher Export.

**Muschel-** Kleiderspind Vertikow, nup-  
 baum: 50 Mark. Spiegel-  
 spind 23 M. Tischlerei Oranienstr. 138, III.  
**Säle zu Versammlungen und**  
**Vereins-Festlichkeiten.**  
 1837b Oranienstraße 180.

**Gelegenheitswaaren!**  
**Feinste braune Beilchen-Seife**  
 vorzügl. parfümiert, flakt 50 Pf. für 10 Pf.  
**Beste Cocosnuss-Seife,** gr. Stücke,  
 flakt 10 Pf. für 3 Pf. **Nachsteigseife,** flakt 10 Pf.  
 Stange für 3 Pf. 1 Pfd. = 8 Stangen  
 für 22 Pf. **Griffseife** feinste  
 Qualität, Stange 3 Pf., 1 Pfd. gleich  
 16 Stangen für 40 Pf. **Französl.**  
**Gornfrüherkämme,** 7" lang, flakt  
 50 Pf. für 20 Pf. **Echt japanische**  
**Goldfächer mit Malerei,** Stück  
 7 Pf. **Seidene Kravatten,** Schlesien-  
 facon, Stück 6 Pf. **Feinste Gloria**  
**seidene Regenschirme für Herren**  
**und Damen,** St. 2,10 M. **Köffel,**  
**Messer und Gabeln etc.** zu Spott-  
 preisen in enormer Auswahl. **Feinste**  
**Moschusseife,** St. 10 Pf. **Dgd.**  
**1 M. Beste Glaswaare** pro Schachtel  
 flakt 10 Pf. für 3 Pf. Eine Partie  
 hochfeiner sehr starker **Gummi-Rosen-**  
**träger,** flakt 1,20 M. für 60 Pf. pro  
 Paar, Dugend 6 M. von 1 Duz. an.  
**Sozialdemokraten - roth,** 2 Pfg.  
 St. per Dhd. 15 Pf. **Ganze Bouquets**  
 10 Pf., Dugend 85 Pf. **Vorsteck-**  
**nadeln mit Porträts von Lassallo**  
 und anderen bekannten Parteigenossen,  
 Stück 20 Pf., Dugend 2 M. **Nickel-**  
**Schweidenhülften mit Sozialdemo-**  
**kratenführer** St. 5 Pf., Dhd. 50 Pf.,  
 dieselben mit **Cigarrenabschneider**  
 St. 7 Pfg., Dhd. 75 Pf.

**Eine Partie Damenstrümpfe,**  
 engl. lange (übers Knie zu tragen),  
 garantiert echt **diamantschwarz,**  
 flakt 60 Pf. für 30 Pf. Paar, Dhd.  
 Paar 3 M. Ebenso prima-prima,  
 beste Qualität flakt 50 Pf. für 45 Pf.  
 Paar, Dhd. Paar 4,80 M., verstärkte  
 Spitze und Ferse. Gewöhnl. **schwarze**  
**Damenknienstrümpfe,** Dhd. Paar  
 1,60 M., Paar 15 Pf. **Dhd. Paar 1,70 M.**  
**Herren-Socken,** prima Qualität,  
 flakt 5 M. für 3 M. per Dhd. Paar,  
 nur so lange der Vorrath!

**Eine Partie Herrentragen,**  
 (garantirt 4 fach Leinen) in allen  
 Weiten. Steh- oder Umlege tragen, die  
 sonst mit 5 bis 6 M. per Dugend ver-  
 kauft, für nur **2,40 M. per Dhd.**  
**Beste Manschetten** per Dugend  
 3,50 M.

**Französische Nachstreichhölzer,**  
 5 Minuten-Brenner, flakt 10 Pf. für  
 5 Pf., per Dhd. 50 Pf.

**Parthien Sonnen- und Regen-**  
**schirme** 1,75 M. und 2 M.  
**Nachtlichte,** 1/4 Jahr, pro Schachtel  
 flakt 10 Pf. für 3 Pf.

**Cigarren, Sumatra** neuester  
 Sorte, flakt 4 M. für 2 M. 50 Pf. pro Kiste  
 = 100 Stück.  
 „**Sofiego**“, jedes Stück in elegantem  
 Ring, (Habanna non plus ultra), echt  
 amerikan. Tabak, hochfein, in eleganter  
 Packung, 9 Ctm. lang, 5 Ctm. stark,  
 pro Kiste von 50 Stück M. 2,50.  
**Schützenhölzer,** etwas Erquisites, per  
 Kiste von 100 Stück M. 3,60. Ränge  
 10 1/4 Ctm. Umfang 5 1/2 Ctm. Eleganter  
 ausgestattet.

**Deliciose** feinste türkische Cigaretten,  
 hochfeine Packung, flakt  
 3 M. für 1 M. per 100 Stück. Deutsche  
 Cigaretten in 10er und 25er Packung,  
 30 Pf. per 100 Stück.

**Verloofungs-Gegenstände**  
 in enormer Auswahl spottbillig.  
 Japanische Metalltablets, haltbar wie  
 Silber, flakt 50 Pf. für 25 Pf. v. St.  
 Versand nach außerhalb von 3 M. an  
 unter Nachnahme oder Vorherbetrag.  
 Begr. **L. Brockmann, 1871,**  
 26 Kaiser Wilhelmstr., Berlin.

**Spandau.** 6186\*  
**Frobenstraße Nr. 12**  
 sind Wohnungen von Stube, gr. Küche,  
 Keller u. Boden, mit Wasserleitung, zum  
 Preise von 56, 69 u. 60 Thlr. zu ver-  
 mieten.  
**Otto Halleter.**

**Arbeitsmarkt.**  
 Dirigent sucht Arbeiter-Gesang-  
 Verein. Offerten sind zu richten an  
**C. Freese, Admiralstraße 89, Hof**  
 2 Tr. 2096b

**Schilder-maler** verlangt Wilhelm-  
 straße 180. 2095b  
 3 tüchtige Korbmacher a. Obstkörbe  
 und Marktarbeit verlangt  
 2095b Frankfurt Allee 128.

**Karton-Arbeiterinnen,** geübte, verl.  
**M. Wolff, Neue Friedrichstr. 48.**

**Kaufmännischer Leiter.**  
 Für ein süddeutsches täglich erschei-  
 nendes Parteiblatt wird ein mit Buch-  
 haltung vollständig und dem Zeitungs-  
 wesen möglichst betrauter Genosse  
 sofort gesucht. 5162\*  
 Offerten mit Gehaltsansprüchen und  
 Referenzen unter **S. H. 12** werden an  
 die Expedition dieses Blattes erbeten